



aktuell

Monatszeitschrift des OGB-L - Mai 2002 - N°5



Symbolische
Einheit

Seite 4



Stahlindustrie:
Gewerkschaften bündeln ihre Kräfte (Seite 10)

Sommaire

Inhalt

4



Editorial

Symbolische Einheit?

6



Lage der Nation

Themen der OGB♦L Mobilisierungskampagne
erneut bestätigt

10



Stahlindustrie

Gewerkschaften bündeln ihre Kräfte

13



Point de vue

Den Mindestlohn erhöhen

15



1. Mai 2002

Großer Erfolg für die OGB♦L Feiern

16



Ansprache des Präsidenten

Nur eine starke Gewerkschaft sorgt für
Bewegung... in die richtige Richtung

22



Discours du Président du CSI

32



Du nouveau dans les entreprises

TICE, Dupont, TDK, Accumalux ...

Le 1er Mai interrégional à Thionville



Symbolische Einheit?

Sie war imposant und solidarisch, die zweite interregionale 1. Mai Feier 2002 im französischen Thionville. Rund 10.000 Frauen und Männer - unter ihnen über 2.000 OGB•L Militanten - manifestierten Schulter an Schulter für ein soziales Europa und gegen Rechts-extremismus. In der jahrzehntelangen Tradition der 1. Mai Feiern wurden gewerkschaftliche Forderungen gestellt, aber auch Ängste zum Ausdruck gebracht. Kampf und Einsatz sind grenzüberschreitend und daher auch gemeinsam geworden. Die Europäische Union ist eine Realität, leider aber auch die antisoziale Ausrichtung ihrer Politik. Darum müssen die Gewerkschaften durch ihre grenzüberschreitende Solidarität ihren Druck verstärken. Darin liegt die tiefe Erklärung, warum Gewerkschafter aus Luxemburg, Frankreich, Deutschland und Belgien gemeinsam in Thionville manifestiert haben. Es ist mehr als bloße Symbolik, es ist das Verantwortungsbewusstsein, gemeinsame Strategien für eine offensive Sozialpolitik in der EU zu entwickeln und durchsetzen zu müssen.

Soziales und demokratisches Europa!

Natürlich erklärt sich die massive Beteiligung auch durch den Wahlerfolg der Rechtsextremen in Frankreich. Nur in Frankreich? Nein, denn auch andere europäische Länder erleben einen Rechtsruck, weil falsche politische Entscheidungen der EU und ihrer Mitglieds-länder die Existenzangst vieler Bürger schüren und gleichzeitig Fremdenfeindlichkeit

provozieren. Europa, die Union ist eigentlich geschaffen worden, um Ängste abzubauen und zu verhindern. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn Europa sozial ist, wenn Vollbeschäftigung möglich wird, wenn soziale Absicherung in allen Lebenslagen für alle garantiert ist und bleibt. Die EU entwickelt sich aber in die entgegengesetzte Richtung. Neoliberale und sogenannte "Modernisierer" jeder Couleur sind seit Jahren eifrig dabei, die in jahrzehntelanger Aufbauarbeit entwickelte europäische Sozialkultur zu zerschlagen. Deregulierung und Privatisierung sind die Stichworte und Vorgänge, die den politischen Extremisten eine Chance gaben und die gleichzeitig das soziale und demokratische Europa aufs Spiel setzen.

Gewerkschafter haben ein feines Gespür für diese Entwicklung. Sie wissen, dass jede Form von politischem Extremismus nicht nur die Demokratie, sondern auch die Gewerkschaftsfreiheit in Frage stellt und mit ihr alle gesellschafts- und sozialpolitischen Errungenschaften. Ein soziales und gerechtes Europa ist auch ein demokratisches, in dem Extremisten keine Chance haben.

Und in Luxemburg?

Im Namen der Regierung, hat der Staatsminister, anlässlich seiner Rede zur Lage der Nation, praktisch alle Probleme angeschnitten, die Land und Leute beschäftigen. Er hat damit zugegeben, dass in fast allen Bereichen akuter Handlungsbedarf besteht. Der OGB•L begrüßt diese Feststellung und fordert, dass nun endlich gehandelt wird. Wir



John Castegnaro
Präsident

begrüßen auch, dass viele von uns aufgeworfene Fragen und gestellte Forderungen berücksichtigt wurden. Der OGB•L macht keine Schwarz-Weiß-Malerei, er ist keine politische Oppositionspartei. Wir haben aber klare Vorstellungen zu den meisten Problemen und wollen dazu beitragen, sie im Sinne der Schaffenden und im Interesse des Landes zu lösen. Die anschließende parlamentarische Debatte zur Rede des Staatsministers war eher enttäuschend. Möglicherweise auch durch die Tatsache bedingt, dass der Staatsminister und seine Regierung im Vorfeld viele Themen verniedlicht haben, oder diese in der 700.000 Einwohner-Debatte polemisch aufgegangen sind.

Es ist nun höchste Zeit, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Nicht nur weil viele Reformen längst überfällig sind, sondern auch weil gewisse Themen riskieren von "Extremisten" in Luxemburg aufgegriffen zu werden und für politische Unruhe sorgen respektive Fremdenfeindlichkeit provozieren werden.

Das Luxemburg von heute ist in seiner Zusammensetzung nicht nur eine Realität, sondern der Beweis dafür, dass über alle bestehende Probleme hinaus ein harmonisches Zusammenleben im Interesse aller möglich ist. Dies sollte nicht durch eine falsche Debatte aufs Spiel gesetzt werden. Darum gilt es, Leuten wie Henri Hosch auf den Zahn zu fühlen, herauszufinden, was ihre wirklichen Hintergedanken sind und ihnen rechtzeitig den Zahn zu ziehen!

Einheit ist gefragt!

Alle in diesem Land werden zusammenstehen müssen, um die vielen Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Jene, die versuchen andere auszugrenzen, ihnen Lohn- und Rentenerhöhungen streitig zu machen oder einen Stachelzaun an den Grenzen entlang aufzurichten, müssen wissen, dass das nicht die richtigen Antworten sind!

Wehren wir den Anfängen, auch in Luxemburg! Tun wir es durch die richtigen politischen Entscheidungen und durch einen offenen und ehrlichen Dialog, an dem alle in diesem Land beteiligt werden!

Erklärung des Staatsministers zur Lage der Nation Themen der OGB♦L Mobilisierungskampagne erneut bestätigt

Ganz allgemein begrüßt der OGB♦L die große Sachlichkeit, die der Staatsminister in seiner diesjährigen Erklärung zur Lage der Nation an den Tag gelegt hat und die politische Belegung jener wichtigen Themen, welche die Zukunft Luxemburgs bestimmen werden und die nun nicht jenen Gruppierungen überlassen werden, die durch zweckentfremdete Diskussionen, wesentliche Fragen unbeantwortet lassen.

Über diese Objektivität hinaus, stechen grundlegende Überlegungen über die Rolle des Staates bei der zukünftigen Gestaltung und Absicherung des "Standortes Luxemburg" auch im Hinblick eines massiveren Bevölkerungszuwachses und Beschäftigungszuwachses hervor. In diesem Themenbereich wurde endlich dem jahrelangen Einsatz des OGB♦L zugunsten des Einsetzens eines "Rates der Weisen", der sich mit der Zukunftsgestaltung des Landes beschäftigt, der kritisch die Chancen und Risiken analysiert, Rechnung getragen. Der vom Staatsminister ins



Leben gerufene und präsidierte "Conseil supérieur du Développement durable" mit seinem horizontalen Aufgabenmix dürfte das geeignete Instrument sein, um endlich eine Auflistung all jener politischen Entscheidungen - ökonomische, ökologische und soziale - zu erstellen, die Nachhaltigkeit für die Menschen und die Umwelt ermöglichen. Der OGB♦L meldet bereits jetzt seinen Anspruch auf die Miteinbeziehung in die Diskussionen ein und erweitert seine Forderung für alle Akteure der Zivilgesellschaft.

In der Vergangenheit hatte der OGB♦L immer wieder den akuten Wohnungsmangel, die Baulandspekulation und die Preistreiberie angeklagt. Es ist zu hoffen, dass die angekündigten, wichtigen Ent-

scheidungen in Sachen Wohnungsbaugesetz und Mietgesetz in einem starken Dialog zwischen dem Staat und den Gemeinden kurzfristig diesem Problem Abhilfe schaffen werden.

Einen weiteren Erfolg kann der OGB♦L in Sachen Konkurse vermeiden. Die beschlossenen Maßnahmen - Verdoppelung des Mindestkapitals bei Firmengründungen, obligatorische Kurse für Betriebsgründer, Beschleunigung der Prozedur der ausstehenden Lohnauszahlung an die Betroffenen - welche die Form eines Gesetzes annehmen werden, dürften endlich den Machenschaften der professionellen Bankrotteure und Wiederholungstäter, die sich auf Kosten der Allgemeinheit und der Sozialversicherungen eine goldene Nase verdienen, einen Riegel vorschieben.

Der OGB♦L begrüßt auch, dass seiner Aufforderung die Nischenpolitik Luxemburgs zu überdenken, Rechnung getragen wurde. Diese wird nun in diesem Sinn neuorientiert, als dass der bedenkenlose Ausverkauf von Souveränitätsnischen durch die Promotion von Kompetenz- und Qualitätsnischen ersetzt wird. Nur durch eine verantwortliche und intelligente Nischenpolitik bleibt der gute Ruf Luxemburgs erhalten.

Der OGB♦L hofft, dass der Appell des Staatsministers den Sozialdialog zu pflegen und auszubauen - seine Darstellung des Tripartismus als wichtigste Qualitätsnische überhaupt - vom Patronat gehört und verstanden wird. Dies gilt vor allem für den Bereich der Arbeitszeitsverkürzung und -organisation deren Aushandlung weiter in den Händen der Sozialpartner liegt und die bei der Ausarbeitung des Beschäftigungsplanes PAN 2003 eine wesentliche Rolle spielen werden. Hier muß das Patronat endlich seine sture Haltung aufgeben und konkrete Gegenleistungen für eine Flexibilisierung anbieten.

Die angekündigte gesetzliche Reform der Gewerkschaftsrechte (Kollektivvertragsgesetz, Mitbestimmungsgesetze von 1974 sowie der Gesetzgebung über die Rechte der Personalvertreter in den Betrieben)



wird vom OGB♦L als Anerkennung für die Konsensfähigkeit der letzten 25 Jahre gedeutet. Der OGB♦L weist jedoch nachdrücklich noch einmal darauf hin, dass die im November 2003 stattfindenden Sozialwahlen, nur auf Basis neuer, angepaßter und moderner, sogenannter Gewerkschaftsgesetze stattfinden können. Sollte dies zu diesem Zeitpunkt nicht der Fall sein, so müssen die Sozialwahlen vertagt werden.

Die Auffassung des Staatsministers sich nicht in die Tarifautonomie der Gewerkschaften einzumischen - entgegen dem von Wirtschaftsminister Grethen anlässlich seiner Eröffnungsrede zur Frühjahrsmesse gemachten Aufruf zur Lohnmoderation - und sein Appell, den Betrieben und der Produktivität angepasste Lohnverbesserungen zu verhandeln, wird vom OGB♦L in dieser Form geteilt.

Den Worten müssen jetzt allerdings Taten folgen. Der OGB♦L wird die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen und insbesondere die Termingestaltung bei der Umsetzung der angekündigten Reformen für mehr Lebensqualität, ein besseres Zusammenleben und Nachhaltigkeit im Auge behalten. Die Regierung hat sich durch jahrelange Karenzen selbst unter Zeitdruck gesetzt. Nun geht es definitiv um ihre Glaubwürdigkeit.

Etat de la nation : Conserver l'attrait du pays pour les travailleurs frontaliers

Réaction étonnamment modérée de l'OGB♦L après la déclaration du gouvernement sur la situation économique et sociale du pays. Peu de critiques, beaucoup d'éloges. Entretien avec le président de l'OGB♦L, John Castegnaro.

"Tageblatt" : Les réactions de l'OGB♦L à la déclaration sur l'état de la nation sont étonnamment élogieuses pour le gouvernement. Pourquoi un tel optimisme ?

John Castegnaro : Ce qui nous rend optimistes, c'est le fait que, dans sa déclaration, le Premier ministre a abordé tous les problèmes qui préoccupent aujourd'hui notre pays et sa population. Personne, pas même le Premier ministre et son gouvernement, ne pourra désormais plus dire que les problèmes ne sont pas connus. Faire un inventaire aussi exhaustif, c'est reconnaître enfin l'urgente nécessité de prendre des décisions et des mesures dans les domaines considérés.

Dans nos premières réactions, nous avons également souligné que le moment est désormais venu de passer des constats aux actes.

"T" : Des revendications essentielles, telle que l'introduction de la sixième semaine de congés payés ou une hausse sensible du salaire minimum, ont néanmoins été passées sous silence par M. Juncker. Le thème de la réduction du temps de travail est lui aussi laissé aux partenaires sociaux qui continueront à en débattre seuls. A ce sujet, vous avez à nouveau insisté, lors de votre fête de la veille du 1er mai, sur le fait que le patronat ne voulait pas entendre parler de réduction du temps de travail.

J.C. : Le Premier ministre n'a pas réécrit le programme gouvernemental de 1999. S'il n'y avait à l'époque aucune volonté de légiférer en matière de réduction du temps de travail, il ne fallait pas s'attendre à ce que ce soit le cas aujourd'hui. D'autant plus que la situation actuelle sur le marché de l'emploi est loin d'être catastrophique et que la réduction du temps de travail n'apparaît donc pas comme une urgence en soi.

Le gouvernement ne modifie donc en rien sa position qui consiste à demander aux partenaires sociaux de négocier entre eux sur ce point.

Lors de l'élaboration du PAN 2003, le plan d'action national en faveur de l'emploi, l'un des plus importants avec celui de 1998/1999, nous prendrons le patronat au mot. Le PAN 2003 ne verra le jour que lorsque des contreparties sérieuses seront proposées, sous toutes les formes possibles, y compris en ce qui concerne la réduction du temps de travail.

"T" : Venons-en à la politique de créneaux (niches de marché) : le Premier ministre a beaucoup discoursu sur le sujet. Il a toutefois observé une certaine réserve sur certains dossiers qui tiennent à cœur à l'OGB♦L, tel que le transport routier international de marchandises ou le pavillon maritime.

J.C. : Dans le dossier de la politique des créneaux, tout comme pour la question des faillites, nous maintenons nos exigences d'action et de transparence.

Je voudrais rappeler que la Tripartite nationale a été chargée de traiter du dossier de la politique des créneaux. Ce qui pourrait expliquer que le Premier ministre s'en soit tenu à des considérations plutôt générales. L'important étant, toutefois, qu'il ait replacé la politique des créneaux dans le contexte de la politique de croissance et de qualité de la vie. Des discussions intéressantes nous attendent.

Dans le dossier Kralowetz, tant le gouvernement que le Premier ministre sont conscients de la nécessité de faire toute la clarté. En ce qui concerne les pavillons maritimes, des discussions sont d'ores et déjà en cours avec les sociétés d'armement.

Répétitions dangereuses

"T" : Dans ses déclarations sur l'Etat de 700.000 habitants, M. Juncker a de nouveau présenté cette évolution comme étant le résultat de la politique menée en matière de pensions et de la Table ronde sur les pensions. Cela ne vous dérange-t-il pas en tant que syndicaliste ?

J.C. : Ce qui me dérange déjà, c'est la relation que l'on établit systématiquement entre cette perspective d'un Etat de 700.000 habitants et une augmentation substantielle des pensions de retraite, et l'absence de toute remise en cause des fondements du système.



Traduction de l'interview réalisée par Lucien Montebrusco dans Tageblatt

Le Premier ministre le sait parfaitement que tous les partenaires de la Table ronde sur les pensions se sont accordés pour affirmer que, en cas de détérioration dramatique de la conjoncture économique, il fallait pouvoir tout renégocier, donc les pensions y compris, et pas uniquement celles du secteur privé.

Ces répétitions incessantes sont dangereuses. Les récentes déclarations de Henri Hosch à RTL Télé Lëtzebuerg ne m'ont pas plu.

Que des personnes, des indépendants, qui n'ont pas vraiment un revenu de misère, tiennent des propos d'une telle légèreté au sujet des pensions du secteur privé, cela m'inquiète. Une explication s'impose avec ces personnes, car leurs intentions ne sont pas claires.

"T" : Sur le thème de l'Etat des 700.000 habitants, le chef du gouvernement a également parlé d'une ouverture du marché du travail à la Pologne, la Tchéquie et la Hongrie.

J.C. : Nous vivons dans la Grande Région et nous devons exploiter toutes les opportunités qui s'offrent ici à nous en matière de main d'œuvre. A cet effet, le Luxembourg doit développer une politique qui mette sur un pied d'égalité les travailleurs frontaliers et les travailleurs domiciliés au Luxembourg.

En cas de licenciement, par exemple, le travailleur frontalier ne reçoit pas d'indemnité de chômage. Il est également défavorisé par les politiques sociale et familiale, ainsi que par la politique en matière d'invalidité. Par ailleurs, nous devrions également accorder aux frontaliers le droit à des congés politiques afin qu'ils puissent assumer des charges politiques au lieu de leur résidence.

Si nous réalisons cela, le Luxembourg sera assuré de conserver tout son attrait pour les frontaliers.

Exekutive

Konkurse: endlich Handlungsbedarf anerkannt



In ihrer Sitzung vom 13. Mai 2002 analysierte die OGB♦L Exekutive die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation des Landes anhand der diesjährigen Erklärung zur Lage der Nation von Staatsminister Jean-Claude Juncker, in der alle Probleme, die derzeit das Land und seine Bürger beschäftigen, angeschnitten werden.

Was die Demographie des Arbeitsmarktes im Zusammenhang mit dem Wachstum des Landes und dem 700.000 Einwohner-Staat betrifft, so ist die Exekutive der Meinung, dass neben einer Eröffnung des Arbeitsmarktes nach Polen, Tschechien und Ungarn, prioritär die Möglichkeiten der Großregion voll ausgeschöpft werden müssen. In diesem Sinn muss Luxemburg für Grenzgänger attraktiv bleiben und eine Gleichstellungspolitik mit Gebietsansässigen entwickeln.

Konkurse: Handlungsbedarf erkannt

Nachdem der Staatsminister in seiner Erklärung zur Lage der Nation ein Gesetz in Aussicht gestellt hat, mit dem professionellen Bankrotteuren definitiv das Handwerk gelegt werden kann und Wiederholungstaten ausgeschlossen werden, hofft die Exekutive, dass durch die angekündigten, gezielten Maßnahmen die Zahl der Konkurse wesentlich herabgesetzt wird und so der gesamtwirtschaftliche Schaden, insbesondere bei den Steuern und den Sozialversicherungen, begrenzt werden kann.

Die Exekutive begrüßt, dass nun endlich sowohl der Wirtschaftsminister als auch die Handelskonföderation den dringenden Handlungsbedarf anerkennen und erwartet, dass die negative Entwicklung der letzten Jahre schnell gebremst werden kann. Die 201 Konkurse am 8. Mai 2002 mit 534 Betroffenen (214 Einheimische und 320 Grenzgänger) unterstrei-

chen die Dringlichkeit und die Notwendigkeit hier endlich durchzugreifen.

Chargés de cours: die Diskussion objektivieren

Die Exekutive nimmt Kenntnis von der Entwicklung in diesem heiklen Dossier und hofft, dass im Konsens zwischen den Betroffenen, ihren Gewerkschaften und dem Unterrichtsministerium möglichst schnell eine Lösung gefunden wird, die eine optimale öffentliche Schule für alle ermöglicht.

Solidarität mit den streikenden Metallern in Deutschland

Im weiteren Verlauf der Tagung drückte die OGB♦L Exekutive der IG Metall und ihren Mitgliedern ihre Solidarität für ihren gewerkschaftlichen Kampf für angemessene Löhne aus. Für die Exekutive hat dieser Kampf eine Bedeutung über die Grenzen der BRD hinaus. Er ist eine Kraftprobe, die riskiert sich auf alle europäischen Länder auszudehnen falls die Arbeitgeber sich mit ihrer mehr als moderaten Lohnpolitik durchsetzen.

Abschließend kommentierte die Exekutive die Lage in den Betrieben und nahm die weiterhin positive Mitgliederentwicklung zur Kenntnis.

LSAP und OGB♦L : Viele Gemeinsamkeiten !

Kürzlich trafen Delegationen von OGB♦L (John Castegnaro, Armand Drews, Pierre Schartz, Marie-Thérèse Sannipoli) und LSAP (Alex Bodry, Lucien Lux, Jeannot Krecké, Mars Di Bartolomeo, Etienne Schneider, Dan Kersch, Myriam Wagener) zu einem breiten Meinungsaustausch über aktuelle Fragen zusammen.

Dabei wurde in vielen Fragen Übereinstimmung festgestellt. So fordern beide Organisationen eine substantielle Erhöhung des Mindestlohnes zum 1.1.2003. Diese Erhöhung muss die Anpassung an die Lohnentwicklung der Jahre 1999 und 2000 deutlich übersteigen, dies umso mehr die Mindestlohnbezieher von den rezenten Steuererleichterungen nicht profitieren konnten.

Um dem Sozialdialog wieder neue Impulse zu verleihen, muss es endlich zu einer Modernisierung und Verbesserung der Mitbestimmungsgesetze kommen.

Da das von der Regierung vorgesehene Modell der Erziehungspauschale neue Ungerechtigkeiten zu schaffen droht,

erwarten OGB♦L und LSAP deutliche Nachbesserungen auf parlamentarischer Ebene, in Richtung einer gerechten Gestaltung der Pauschale zugunsten aller Frauen.

Eine teilweise oder globale Dekonventionierung der Ärzteschaft im Krankenkassenbereich wird als Einstieg in eine Zweiklassenmedizin gewertet und deshalb von beiden Organisationen abgelehnt.

OGB♦L und LSAP fordern des Weiteren, dass in Zukunft weniger über den

sogenannten 700.000 Einwohnerstaat geredet wird, statt dessen mehr konkrete Realisierungen auf den Weg gebracht werden, um das Land auf die kommenden Herausforderungen vorzubereiten.



Heizkostenzuschuss

7.000 Antragsteller warten auf eine zügige Abwicklung ihres Dossiers

Nachdem etliche Missverständnisse und "Vergesser" behoben waren, wurde - auf die OGB♦L Initiative vom 28. Dezember 2001 hin - per großherzogliches Reglement der Heizkostenzuschuss für die Jahre 2001 und 2002 verlängert. Für den OGB♦L stand fest, dass die Heizkostenzulage, trotz anders lautenden Argumenten, weiterhin ihre Berechtigung hat, dies vor allem auch im Sinn, der von ihm geforderten, gerechten Umverteilung.

Ging man zu dieser Zeit von ca. 5.000 kleinen Einkommensbezieher aus, die für die beiden Jahre in den Genuss der Heizkostenzulage kommen sollten, so handelt es sich laut Informationen aus dem Familienministerium mittlerweile um ca. 7.000 Anträge, die für 2001 und 2002 gestellt wurden.

Aufgrund des bekannten personellen Engpasses in diesem Ministerium können zur Zeit aber nur etwa 500 Anträge pro Monat bearbeitet und ausgezahlt werden.

Der OGB♦L hat bei den zuständigen Stellen interveniert, um eine Beschleunigung des Rhythmus zu erreichen, um die kleinen und kleinsten Einkommensbezieher auf diese Weise zu entlasten.

Das Ministerium hat daraufhin dem OGB♦L versprochen seine Bemühungen zu intensivieren, damit die Anträge schneller zur Auszahlung gelangen.

Stahlindustrie: Gewerkschaften bündeln ihre Kräfte

OGB♦L / LCGB, même combat !



Am 15. Mai gaben OGB♦L und LCGB die Bildung einer gemeinsamen Vereinigung im Sektor Stahlindustrie bekannt.

Der Fusion von Arbed, Acelalia und Usinor zum weltgrößten Stahlkonzern Arcelor folgt in Luxemburg eine engere Zusammenarbeit zwischen OGB♦L und LCGB. Das gaben Spitzenvertreter beider Gewerkschaften auf neutralem Terrain, in den provisorischen Räumlichkeiten der Arbeiterkammer auf dem Howald, bekannt. Das gemeinsame Kind nennt sich „OGB♦L – LCGB Sidérurgie asbl.“. Kopräsidenten sind Norbert Conter (LCGB) und Nando Pasqualoni (OGB♦L).

Bereits im Vorfeld der eigentlichen Gründung von Arcelor im vergangenen Jahr hatten die zwei Gewerkschaften im Stahlsektor eng zusammengearbeitet. Öffentlicher Ausdruck davon war unter anderem eine gemeinsame Kundgebung vor Arbed-Belval, an der sich auch die NGL angeschlossen hatte.

Die Idee zur Schaffung einer gemeinsamen Struktur sei seit längerem im Gespräch gewesen, so OGB♦L-Präsident John Castegnaro gestern.

Mit der neuen Organisationsform hoffe man, den neuen Herausforderungen besser begegnen zu können, erklärte Norbert Conter.

Arcelor würde anders funktionieren, der Entscheidungsfluss sei ein anderer. Und Conter gab zu bedenken, dass die Belegschaft der Luxemburger Werke lediglich 7 % des gesamten Arcelor-Personalbestands ausmache.

Die asbl. wird sich laut Alain Kinn (OGB♦L) vor allem mit vier großen Bereichen befassen:

- ♦ die Verteidigung der Interessen aller Arcelor-Beschäftigten in Luxemburg; die Arbeiter und Angestellten in den Stahlwerken sowie alle Mitarbeiter anderer Arcelor-Gesellschaften;
- ♦ die Überwachung des Personalbestands und insbesondere der Einstellungspolitik des Unternehmens;
- ♦ die Zusammenarbeit mit der Europäischen Metallföderation;
- ♦ die Beratung und Unterstützung des Luxemburger Gewerkschaftsvertreters im Arcelor-Verwaltungsrats, derzeit John Castegnaro.

Paritätische Besetzung

Die in wenigen Tagen offiziell zu gründende „OGB♦L-LCGB Sidérurgie asbl.“ wird auf allen Ebenen paritätisch besetzt werden. Neben den zwei Kopräsidenten hat sie einen Generalsekretär (Alain Kinn, OGB♦L) und einen beigeordneten Generalsekretär (Patrick Dury, LCGB). Asbl-Mitglieder sind 31 OGB♦L und 31

LCGB-Mitglieder, während der Verwaltungsrat aus jeweils 8 LCGB – bzw. OGB♦L-Militanten bestehen wird.

Ob die neue asbl. als Vorbote einer zukünftigen Zusammenarbeit auch auf anderen Gebieten zu deuten sei?

Eine Frage, die LCGB und OGB♦L unterschiedlich beantworteten. Castegnaro erinnerte an die OGB♦L Philosophie der Einheitsgewerkschaft. Angesichts eines veränderten Umfelds seien neue Strukturen notwendig. „Für Konkurrenzdenken bleibt keine Zeit.“

Castegnaro erinnerte an bereits bestehende gemeinsame Strukturen OGB♦L / LCGB wie das gemeinsame Europa-Sekretariat oder das Ausbildungszentrum in Remich.

Für Robert Weber, LCGB-Präsident, betrifft die neue asbl. die Organisation als Ganzes nicht. Die konkrete Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben sei von der asbl. nicht betroffen. Auch würden beide Gewerkschaften autonom bleiben.

Eine gemeinsame asbl. bei gleichzeitigem Konkurrenzdenken, ob da nicht Glaubwürdigkeitsproblem bestehe?

Norbert Conter kontert damit, die führenden Leute beider Gewerkschaften in der Stahlindustrie seien in der asbl. impliziert. Für Alain Kinn werde die Glaubwürdigkeit anhand der Ergebnisse gemessen. Und für Weber ist klar: „die Zeit für Geplänkel ist mit Sicherheit vorbei.“

Ähnliche Aussage seitens des OGB♦L Vorsitzenden: „Glaubwürdigkeit wird es keine geben, wenn wir uns weiterhin gegenseitig bekämpfen. Nicht nur im Stahlsektor.“

Lucien Montebusco "t"

Wunschkind

Ettelbrück, 1. Mai. Ein empörter LCGB-Vorsitzender lehnt die Avancen des OGB♦L zwecks möglicher Fusion entschieden ab. Dass er, Weber, und mit ihm, Castegnaro, gemeinsam in einem Bett liegen würden, das würden beide nicht erleben, donnernte es durch die Daichhal. Zwei Wochen später wird das gemeinsame Kind geboren und auf den Namen OGB♦L – LCGB asbl. getauft.

Die Beziehung dauerte schon längere Zeit. Mindestens seit Februar vergangenen Jahres, als die Arbed ihre Fusionspläne mit zwei anderen Stahlgiganten bekannt gab. Spätestens da wurden sich die Gewerkschaften der neuen Herausforderungen erst so richtig bewusst. In Zukunft würden sie einem Patronat gegenüber sitzen, das nicht mehr prioritär luxemburgisch denken würde, und für den die Ex-Arbed-Werke einige unter vielen sein würden.

Wie sich das gemeinsame Kind entwickeln wird? Eine weitere Annäherung beider Gewerkschaften insgesamt wurde vom LCGB-Vorsitzenden erneut auf der gemeinsamen Pressekonferenz zurückgewiesen. Dennoch: die asbl ist ein Produkt der Basis beider Gewerkschaften. Und die könnte auch über die weitere Entwicklung entscheiden. Beispielsweise gemeinsame Listen bei den Sozialwahlen im kommenden Jahr aufstellen.

Lucien Montebusco "t"

Luxair SA

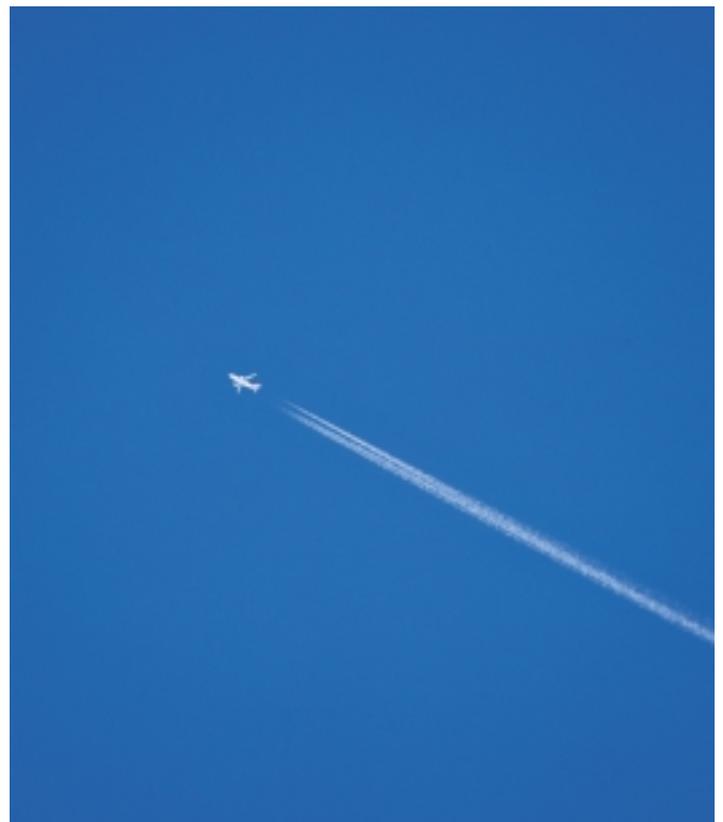
OGB♦L begrüßt die Entscheidung von Christian Heinzmann

Der OGB♦L begrüßt die Entscheidung von Christian Heinzmann, nun doch weiterhin den Posten des Luxair-Generaldirektors wahrzunehmen. Im Sinne der Kontinuität der Luxair-Strategie, hätte eine Veränderung auf der Ebene der Generaldirektion die Luxemburger Luftfahrtgesellschaft destabilisiert. Mit dem Ersetzen von Christian Heinzmann hätte Luxair den fünften Generaldirektor innerhalb von 4 Jahren gehabt.

Die Entscheidung von Christian Heinzmann wird vom OGB♦L ausdrücklich begrüßt. Dieser ist übrigens bereits am 30. April 2002 bei Transportminister Henri Grethen interveniert, um sicherzustellen, dass Heinzmann in seinem Amt bleibt.

Darüber hinaus hat der OGB♦L am 29. April 2002 eine Unterredung mit Transportminister Grethen beantragt, um über das Ersetzen des Cargolux-Generaldirektors Willkens zu diskutieren.

Im Rahmen eines offenen Gesprächs, soll des Weiteren die allgemeine Lage der beiden nationalen Luftfahrtgesellschaften erörtert werden.



“Mammerent” für nicht berufstätige Mütter ab 60

Der OGB♦L informiert

Im Auftrag des “Fonds national de la Solidarité” wird der “Centre informatique de la Sécurité sociale” im Monat Juni an jede nicht berufstätige Frau ab 60 Jahre, die eines oder mehrere Kinder in Luxemburg geboren hat, ein Antragsformular zum Erhalt des Erziehungsgeldes (74,36 Euro) senden.

Um den Datenschutz zu gewährleisten, ist das Antragsformular persönlich und mit einem Strichcode versehen. Bei Nichterhalten des Antragsformulars, wenden Sie sich bitte an die Sprechstunden des OGB♦L.

Le forfait d'éducation

L'OGB♦L informe

Au mois de juin, le Centre informatique de la Sécurité sociale au nom du Fonds national de la Solidarité enverra un formulaire en obtention du forfait d'éducation (74,36 Euros) à chaque femme au foyer à partir de 60 ans et ayant eu un ou plusieurs enfants au Luxembourg.

Le formulaire est personnel et muni d'un code barres pour garantir la protection des données. En cas de non-réception de la demande, veuillez-vous adresser aux permanences de l'OGB♦L.

Unsichere Schulgebäude *Wo leben wir?*

Ende vergangener Woche wurde in einem technischen Lyzeum eine Lehrerin während ihres Unterrichts durch das Umfallen einer unsachgemäß befestigten Schultafel leicht am Kopf verletzt. Das Schulgebäude, in dem das Unglück geschah, ist aus mehreren an- und übereinander stehenden Containern zusammengesetzt und war erst im Herbst letzten Jahres eröffnet worden. Nach dem Unglück nahmen die Sicherheitsverantwortlichen der Schule die anderen Klassenzimmer des Gebäudes unter die Lupe und stellten fest, dass auch andere Schultafeln sich bereits teilweise von der Wand gelöst hatten und gleichfalls umzukippen drohten.

Dank dem Einsatz der Direktion und des technischen Personals der Schule wurde übers Wochenende die Aufhängung der Tafeln korrekt abgesichert. Trotzdem bleibt ein bitterer Nachgeschmack!

Dieser Arbeitsunfall wirft nämlich ein sehr schlechtes Licht auf die Sicherheitsverhältnisse in unseren Schulen, die ja zu einem großen Teil aus sogenannten Containern bestehen. Im besagten Fall kann von grober Fahrlässigkeit von Seiten der Firma geredet werden, welche mit der Montage beauftragt war, waren doch die über hundert Kilo schweren Tafeln ohne Verstärkung nur mit jeweils vier Holzschrauben an den hohlen Gipsplattenwänden „fest“-gemacht. Diese schon fast kriminelle Pfscharbeit hätte zu einer weitaus schlimmeren Verletzung führen können!

Aber auch die Behörden, welche für die Abnahme des neuen Schulgebäudes zuständig waren, müssen sich unbequeme Fragen stellen lassen! Das SEW/OGB♦L fordert eine restlose Aufklärung in dieser schockierenden Angelegenheit.



Point de Vue



Den Mindestlohn erhöhen !

Für Anfang 2003 ist ein Rentenajustement fällig. Zum gleichen Zeitpunkt muss dann auch entschieden werden, ob der Mindestlohn angepasst wird oder nicht. Üblicherweise wird der Mindestlohn wie die Renten an die allgemeine Lohnentwicklung angepasst. Die Anpassung an die allgemeine Lohnentwicklung ist für den OGB♦L unerlässlich. Aber darüber hinaus sagen wir klar und deutlich, dass wir eine Mindestlohnerhöhung erwarten, die über eine reine Anpassung an die allgemeine Lohnentwicklung hinausgeht.

Im Rahmen seiner Offensive für eine gerechte Verteilung des geschaffenen Reichtums hat der OGB♦L erreicht, dass die Renten strukturell verbessert werden, verschiedene Sozialleistungen, wie das Kindergeld wurden verbessert, Verschlechterungen im Bereich der Krankenversicherung konnten rückgängig gemacht werden.

Lohnpolitisch konnten ebenfalls in den letzten Jahren in der Kollektivvertragspolitik ordentliche Resultate erreicht werden, auch wenn diese je nach Betrieb oder Bereich unterschiedlich sind.

Aber nicht alle Arbeitnehmer arbeiten unter kollektivvertraglich festgelegten Lohnbedingungen.

In vielen Bereichen der Wirtschaft, wie im Handel, dem Hotel - und Gaststättenbereich, weigern sich die Arbeitgeber Kollektivverträge abzuschließen. Genau in diesen Bereichen arbeiten viele Menschen für den Mindestlohn und oftmals sind es Frauen. Ihnen ist auch nicht damit geholfen, wenn darauf verwiesen wird, dass der luxemburgische Mindestlohn der höchste in Europa ist. Sie wissen, dass in Luxemburg auch vieles teurer ist, als in andern Ländern. Wenn man z. Bsp. mit dem Mindestlohn die horrenden Mietpreise in Luxemburg bezahlen muss, bleibt nicht mehr viel zum Leben übrig.

Die Zehntausenden von Arbeitnehmern, die für den Mindestlohn arbeiten, haben auch ein Anrecht auf eine angemessene Lohnanpassung. Auch ihre Arbeit muss sich lohnen. Die Arbeitgeber werden wie gehabt behaupten, eine Mindestlohnerhöhung werde die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen und Arbeitsplätze gefährden. Die wirtschaftliche Situation und die Perspektiven für das nächste Jahr lassen diesen Schluss nicht zu. Eine substantielle Mindestlohnerhöhung

ist durchaus verkraftbar. Und darüber hinaus liegt die wirtschaftliche Zukunft Luxemburgs nicht in einer Niedriglohnpolitik.

Wenn von den Arbeitgebern differenzierte Lösungen gefordert werden, so seien sie darauf hingewiesen, dass im Rahmen der vom OGB♦L geführten kontinuierlichen Kollektivvertragspolitik eine differenzierte Lohnpolitik möglich ist, wenn auch nicht zum Nulltarif. Angesichts des Widerstands der Arbeitgeber gegenüber einer kollektivvertraglichen Lösung verlangen wir, dass die Politik ihre Verantwortung übernimmt und dafür Sorge trägt, dass die Lohnschere nicht noch weiter auseinander klafft. Es wird in der Politik viel über die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung, über Armutsbekämpfung geredet.

Eine substantielle Mindestlohnerhöhung zum 1.1.2003 ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch eine vorbeugende Maßnahme im Kampf gegen soziale Ausgrenzung.

Jean-Claude Reding

Coalition pour l'intégration des critères sociaux et environnementaux dans les marchés publics

A Monsieur le Ministre Grethen,

Objet : **Révision de la législation européenne relative aux marchés publics**
Conseil des Ministres du Marché Intérieur - 21 mai 2002

Proposition de directive relative à la coordination des procédures de passation des marchés publics de fournitures, de services et de travaux
(COM(2000)275 – C5-0367/2000 - 2000/0115(COD))

Monsieur le Ministre,

La législation européenne relative aux marchés publics est en cours de révision suite à la proposition de nouvelle directive de la Commission européenne. Bien que nous partagions l'objectif de la Commission européenne en matière d'amélioration de la transparence et de la clarté de la réglementation actuelle, nous sommes vivement préoccupés par certains éléments clés de cette proposition de directive, sur laquelle le Conseil des Ministres du Marché intérieur devrait adopter une position commune, le 21 mai 2002.

Avec une part de marché de plus de 16% du PIB de l'Union européenne, les marchés publics et la législation y afférente peuvent contribuer de manière significative aux politiques de développement durable de l'Union européenne et des Etats membres, dans une perspective globale.

Il est regrettable que, dans sa forme actuelle, le projet de législation représente un grand pas en arrière dans l'intégration de critères environnementaux, sociaux, d'emploi et de commerce équitable dans la procédure de passation des marchés publics, ce qui est en contradiction avec le Traité d'Amsterdam - en particulier l'article 2 - et la jurisprudence de la Cour européenne de Justice, comme nous l'expliquons dans notre position jointe en annexe.

De plus, la proposition de la Commission ne respecte pas les engagements souscrits par l'Union européenne, au niveau mondial, en matière de développement durable (CNUED 1992) et d'éradication de la pauvreté (ONU, Déclaration du Millénaire, 2000).

Nous vous invitons instamment à veiller à ce que le projet de la nouvelle législation européenne relative aux marchés publics facilite, plutôt que limite, la prise en compte de critères sociaux, environnementaux et éthiques dans les procédures de passation des marchés publics.

Par conséquent, nous appelons le Conseil des Ministres (Conseil du Marché intérieur du 21 mai) à amender l'actuel projet de directive en adoptant notre amendement (voir annexe¹) à l'article 53(1) de la proposition de la Commission (Article 62(1) de la position adoptée par le Parlement Européen, le 17 janvier 2002).

En vous remerciant pour l'attention que vous voudrez bien porter à la présente, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Ministre, l'expression de notre considération très distinguée.

Mouvement Ecologique, Greenpeace, EBL, Drëtt Welt Buttiker, Natura, ASTM, TransFair, **OGB♦L**

¹ Notre amendement est basé sur l'amendement 98 adopté par la Commission juridique et du marché intérieur du Parlement Européen (Rapport de M. Stefano Zappala, 29-10-2001, document A5-0378/2001 Par1, PE 298.409).

1. Mai 2002

Großer Erfolg für die OGB♦L Feiern

Die 1. Mai-Feiern 2002 waren für den OGB♦L und die CGT Gewerkschaften FNCTTFEL und FLTL wiederum ein großer Erfolg. Unter den 10.000 Manifestanten, die in Thionville an der Interregionalen Feier teilgenommen haben und solidarisch für ein soziales Europa, für Vollbeschäftigung, gegen Sozialabbau und Fremdenfeindlichkeit eingetreten sind, wurden etwa 1.800 Militanten des OGB♦L gezählt. Diese Demonstration der gewerkschaftlichen Stärke über die Grenzen hinaus ist der beste Beweis für die Notwendigkeit der internationalen Aktion und eine Bestätigung dafür, dass auch neue Formen der gewerkschaftlichen Aktion an dem traditionsreichen Aktionstag der Gewerkschaften, von unseren Mitgliedern voll unterstützt werden.

Auch die 150 Teilnehmer am außergewöhnlichen Nationalvorstand des OGB♦L vom 28. April der im Zeichen des 1. Mai stand, die rund 500 Teilnehmer an der Regionalfeier in Clerf, die hunderte Militanten, die an den vielen 1. Mai-Vorfeiern der Lokalsektionen teilgenommen haben, sowie die ca. 250 Eisenbahner, die sich zur 1. Mai Vorfeier der FNCTTFEL am 30. April im Kasino versammelt hatten, um ihre Forderungen zu unterstreichen, sprechen eine klare Sprache.

Der OGB♦L möchte sich daher auf diesem Weg bei seinen Mitgliedern und Militanten bedanken und die Anerkennung der französischen Gewerkschaften an sie weiterleiten, welche die massive luxemburgische Beteiligung in Thionville begrüßen.

Durch die starke Mobilisierung wurde eindrucksvoll unterstrichen, dass der OGB♦L für Bewegung - in die richtige Richtung - sorgt.



“NUR EINE STARKE GEWERKSCHAFT SORGT FÜR BEWEGUNG - IN DIE RICHTIGE RICHTUNG“



Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Ich habe "Angst" nach dem Wahlergebnis in Frankreich! Wir sollten über die Angst und Befürchtungen hinaus nicht in die Defensive sondern in die Offensive gehen.

Frankreich soll uns ein abschreckendes Beispiel sein, aber auch der definitive

Auslöser dafür, dass unsere Gesellschaft, besonders ihre wichtigsten Träger, Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft, Religionen, die Zivilgesellschaft ein Inventar darüber erstellen, was auf diesem Planeten schief läuft, was korrigiert werden muß, wie der Mensch in den Mittelpunkt des politischen und wirtschaftlichen Handelns gestellt werden kann.

Der IBFG mit seinen 156 Millionen Mitgliedern (darunter auch wir) aus 221 nationalen Gewerkschaftszentralen in 148 Ländern auf allen Kontinenten, formuliert es bei seiner Gründung im Jahre 1949 schlicht und einfach, aber dafür treffend: "Brot, Frieden, Freiheit" für alle Menschen dieser Welt. Davon sind wir heute noch weiter entfernt als damals, nur, dass die Bedingungen, das Umfeld sich verändert haben. Die Informationsgesellschaft informiert die Masse der Menschheit über Recht und Unrecht, über Freiheit und Unfreiheit, über Reichtum und Armut. Sie provoziert, damit - zu Recht - das Aufbäumen der Ärmsten und Armen gegen die Ausbeutung und Unterdrückung. Die gleiche Informationsgesellschaft, die

Medienwelt - oft durch ihre Monopolstellung, weil sie in der Mehrheit von Medienmogulen beherrscht und gesteuert wird - vermittelt die Informationen und das Gesellschaftsbild, die im Endeffekt der Ideologie des Neoliberalismus und Neokapitalismus Argumentationshilfe leisten. Ist Berlusconi in Italien nicht auch so ein Medienmogul?! Und steht eben nicht die von seinem Medienimperium vor den Wahlen in Italien verbreitete Meinungsbildung die eines gerechteren und sozialeren Italiens, im krassen Widerspruch zu den politischen Akten von heute?

Kolleginnen, Kollegen!

Le Pen u.a. nutzen kaltblütig für ihre politischen Zwecke jene sozialen Mängel und Ungerechtigkeiten aus, die durch die Politik und das Patronat entstanden sind. Werte der rezenten Vergangenheit, wie Solidarität, soziale Gerechtigkeit, sozialer Fortschritt, Vollbeschäftigung, soziale Absicherung in allen Lebenslagen sind in den Hintergrund getreten. Sie gelten manchmal noch als Wahlslogans, sind aber längst den neuen Vorstellungen der Modernisierung in Politik und Wirtschaft gewichen. Jenen Modernisierer aus den rechten und linken Parteien, die besonders im Europa der EU der totalen Liberalisierung das Wort reden und deren oberstes Ziel nicht das soziale und gerechte Europa ist, sondern die erste Weltwirtschaftsmacht Europa. Das wird uns erklärt und beschlossen, bewährte Sozialsysteme zu zerschlagen.

Da wird durch eine gezielte Privatisierungspolitik die Zwei-Klassengesellschaft wieder eingeführt. Da wird im Namen der Liberalisierung und Privatisierung europäische Sozialkultur zerschlagen: Öffentliche Rentensysteme sollen ganz oder teilweise privatisiert werden,



öffentliche Krankenkassensysteme genauso und diese geplanten Verschlechterungen sollen durch private Zusatzversicherungen aufgefangen werden. Das ist die Politik der Zweiklassengesellschaft: jener Menschen, die sich die totale Absicherung in allen Lebenslagen leisten können und jener andere die nichts oder wenig haben, außer der Angst um den Arbeitsplatz und die Existenzsicherung. Diese Politik bedeutet eine Fraktur in unserer Gesellschaft! Und ist es nicht eben diese Fraktur, die weltweit der Nährboden für Terrorismus und Krieg ist!

Die Menschen haben Angst, Existenzangst, auch weil sie sehen, dass in der EU 17 Millionen Arbeitslose kein Thema mehr sind! Dass in der EU Werte von gestern dabei sind wertlos zu werden, weil sie dem Druck und den Zielen der Neoliberalen, der Fanatiker der totalen Liberalisierung zum Opfer werden.

Kolleginnen, Kollegen!

Der 11. September 2001 in den USA bleibt für immer bei uns und in den Geschichtsbüchern als ein verwerflicher, inakzeptabler Terroranschlag in Erinnerung. Terror wie Krieg treffen immer Unschuldige! Darum lehnen Gewerkschaften sowohl Krieg als auch Terror kategorisch ab! Der amerikanische Präsident erklärte am gleichen Tag, die "Welt habe sich grundlegend verändert". Ja, wenn er damit eine noch ungerechtere Welt meinte. Nein, wenn er damit andeuten wollte, dass diese einmalige Chance genutzt werden müsste, um die Zerstörungen und den Tod Tausender unschuldiger Menschen durch die Hand fanatischer Terroristen durch eine gezielte Umverteilung des Reichtums zu sühnen und endlich weltweit Armut, Hunger, Not und Unfreiheit zu bekämpfen. Diese Chance wurde nicht nur verpasst, sondern der 11. September mutierte zur Argumentationshilfe für wirtschaftliche Fehlentscheidungen und Spekulationen der vergangenen Jahre, denen Hunderttausende, ja Millionen Arbeitsplätze zum Opfer fielen. Eine Argumentationshilfe für Sozialabbau, Terroristenjagd und damit Krieg in Afghanistan und Palästina!

Es gibt keinen gerechten Krieg, aber genügend Gründe und Mittel, die



gerechte Welt endlich aufzubauen. Übrigens: am 6. März 2002 hat US-Präsident Bush die von den USA diktierten Regeln des Welthandels in der WTO durch Schutzzölle auf Stahlimporten verletzt. Er hat als oberster Vertreter und Gendarm die eigenen Regeln des Freien Welthandels missachtet und einen Handelskrieg ausgelöst. Fragen bleiben offen

- a.) warum gibt es keine Schutzzölle gegen Sozialdumping und Ausbeutung?
- b.) wie beim Terrorakt vom 11.9.2001, ist der Schutzzollbeschluss der USA nun auf einmal wieder Argument und Auslöser für eine Diskussion über 14% Überkapazitäten weltweit bei den Stahlproduzenten und natürlich auch den Belegschaften. Ein Zufall, wohl kaum!

Kolleginnen, Kollegen!

Existenzangst

- ◆ durch Arbeitslosigkeit und Sozialabbau
- ◆ durch die Zerschlagung von Sozialsystemen
- ◆ durch Delokalisierung von Betrieben aus Profitgründen
- ◆ durch Schließung von Betrieben als Folge von Fusionen oder massivem Arbeitsplatzabbau in Form von Outsourcing oder übertriebenen Synergie- und Rationalisierungsprozessen verbunden mit Ausbeutung, Druck, Mobbing usw. am Arbeitsplatz, schafft ein Klima der Unsicherheit, Unzufriedenheit, des Individualismus und des Egoismus, weil die Menschen Angst haben! Menschenwürdige Arbeitsplät-

ze, Lebensqualität am Arbeitsplatz und dadurch die Verbundenheit zur Arbeit weichen immer mehr dem Profitdenken. Die Folgen sind soziale Spannungen im Betrieb und Unzufriedenheit.

Dies alles geschieht im Umfeld der Mondialisierungs- und Globalisierungspolitik, die immer mehr Angst und Schrecken vermittelt, obwohl sie auch positiv sein könnte, wenn sie im Sinne der gerechten Umverteilung von Reichtum und Arbeit eingesetzt werden würde. Es ist bewiesen, dass Megafusionen oder Fusionen von Betrieben und Konzernen kurz- oder mittelfristig Arbeitsplatzabbau produzieren, genauso wie gescheiterte Fusionen dies unverzüglich zur Folge haben. Das Unternehmerrisiko bleibt ein soziales Risiko, da die Schaffenden die Konsequenzen tragen





müssen. So erklärt sich unser Einsatz bei der Gründung der Arcelor, mit dem wir versuchten ein Maximum an möglichen Garantien zu erzielen, damit die Stahlstandorte hier im Lande, ihre "Satelliten"-Betriebe und damit die Belegschaften abgesichert werden. Ein Erfolg des OGB•L! Durch unseren Einsatz haben wir die Stahltripartite nicht nur erhalten, sondern ihren Aktionsradius und ihre Befugnisse erweitert. Der Staat bleibt in der Verantwortung, im Kapital und im Verwaltungsrat der Arcelor. Wir haben gewerkschaftliche Mitbestimmung durchgesetzt. Auch in Zukunft wird uns nichts geschenkt werden! Wir müssen wachsam sein und auf Investitionen und weitere Diversifikation drängen.

Ob Arcelor oder Arbed. Die "Friches industrielles" im Süden des Landes, früher Standort der Stahlindustrie, erlaubten hohe und höchste Gewinne für das Kapital. Die Industriebranchen dürfen nun nicht zum Spekulationsobjekt, d.h. zu Bauland werden, der hier wie im ganzen Land vorrangig riesige Spekulationsgewinne abwirft, anstatt zugängliche und preiswerte Infrastrukturen für die Ansiedlung neuer Betriebe oder Wohnungsbau, der allen Schichten der Bevölkerung zugänglich ist, zu ermöglichen! Staatsminister Juncker hat in den vergangenen Jahren mehrmals der Baulandspekulation den Kampf angesagt! Den Worten sollten (auch hier) endlich Taten folgen. Luxemburg braucht weiterhin industrielle Diversifizierung und der seit Jahren herrschende Wohnungsnotstand muß durch preiswertes Bauland behoben werden!

Kolleginnen, Kollegen!

Luxemburg ist ein reiches und modernes Land. Luxemburg ist ein Land mit einem starken Sozialnetz. Und doch sind wir auch weiterhin ein Land, in dem Reformen und Verbesserungen in vielen Bereichen längst überfällig sind. Ein Land, in dem Minderheiten, die vom Schicksal betroffen werden, ausgegrenzt sind. Wir kennen und kritisieren seit Jahren den Reformstau in vielen, für die Menschen vitalen, Bereiche. Und immer wieder werden die in diesem Zusammenhang stattfindenden Diskussionen mit Schlagwörtern wie "Bildungsoffensive" aber ohne konkrete Veränderungen geführt. Erinnerung sei auch an die riesigen Versäumnisse, das Land rechtzeitig über den Weg einer wirklichen Landesplanung mit den notwendigen Infrastrukturen in allen Bereichen so auszustatten, dass ein Maximum an Lebensqualität heute und in

der Zukunft garantiert werden kann. Beispiele sind:

Kollaps im Verkehr. Wir haben Infrastrukturen für 300.000, sind aber 450.000 Einwohner und 100.000 Grenzgänger. Und was passiert konkret? Neben unendlichen und unverständlichen BTB-Diskussionen, Streitdiskussionen über Defizite im öffentlichen Transport (obwohl dieser allein Quantität und Qualität für Benutzer und Beschäftigte garantieren kann) ist es nun die von gewisser Seite und der EU angestrebte Liberalisierung, die katastrophale "britische" Konsequenzen zur Folge hätte. Dem werden wir uns zu widersetzen wissen und verlangen ein sofortiges Eingreifen!

Kollaps im Bildungswesen. Es fehlt sowohl weiterhin hochqualifiziertes Personal, als dass die notwendigen Infrastrukturen fehlen. Wenn wir bauen, verbauen wir Industriezonen wie im PED und erhöhen gleichzeitig das Sicherheitsrisiko, dies im Namen der Bildungsoffensive. Auch ist es eine Tatsache, dass ein DP-Wirtschaftsminister kampfflos Industriegelände aufgibt, um der DP- Bildungsministerin (wenigstens) eine Erfolgsstory zu ermöglichen! Da steht die Dorfpolitik gegen eine Politik oder Weitsicht und Verantwortung! PISA ist nur die Spitze des Eisberges. Wenn wir unserer Jugend und unserem Land eine Chance für die Zukunft geben wollen, wenn wir uns in der mondialisierten, modernen, hochtechnologischen Informationsgesellschaft behaupten wollen, brauchen wir





die modernste Schule, eine Schule der Chancengleichheit, die öffentliche Schule. Diese erfordert bestes und hochqualifiziertes Lehrpersonal, modernste Infrastrukturen und niedrige Klasseneffektive und garantiert Chancengleichheit und Integrationspolitik. Auf diese Weise können Misserfolge auf ein absolutes Minimum reduziert werden und Dramen wie in Erfurt verhindert werden. Auch darum ist das (echte) Problem der "Chargés de cours" sofort zu lösen, aber nicht mittels dem populistischen Konfrontationskurs des selbst ernannten FNCTTFEL-Oberschulinspektors, sondern im Dialog zwischen Minister, Lehrgewerkschaften und "Chargés", im Interesse der Schule.

Kollaps Wohnungsnotstand, weil Spekulation und die Abschottungspolitik der Gemeinden, Vorrang vor dem Recht auf erschwingliches, menschenwürdiges Wohnen haben.

Kollaps Pflegebetten. Und damit Kapitulation vor dem Anspruch - dem Menschenrecht - für pflegebedürftige Menschen genügend Pflegebetten zur Verfügung zu haben. Ein Skandal und ein Zeichen dafür, dass Menschenwürde nicht respektiert wird.

Und morgen: Kollaps im Spitalwesen durch Abbau von Bettenkapazitäten bei gleichzeitigem Anwachsen der Bevölkerung. Die Frage der Qualität der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung, aber auch die der Arbeitsbedingungen des Personals in den Kliniken, ist mehr denn je gestellt. Der Versuch der Ärzte, die Privatisierung der ärztlichen

Versorgung durch eine Dekonventionierung herbeizuführen, würde auch eine Privatisierungswelle mit der Schaffung von neuen Spitälern mit sich bringen. Der OGB♦L sagt Nein zu diesen Versuchen, da sie die Grundlage für eine Zwei-Klassengesellschaft bilden und das Recht eines jeden Bürgers auf eine optimale Gesundheitsversorgung abschaffen. Nein, aber wir sind bereit über die wirklichen Probleme mit den Ärzten zu diskutieren und Lösungen zu finden.

Kollaps Konkurse. Weltmeister Luxemburg: Es waren Tausende in den letzten Jahren. Die Folgen: Tausende Arbeitnehmer verlieren ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen, geraten in die Ausgrenzung. Verlierer sind aber auch der Staat und die Sozialversicherungen (d.h. wir alle), denn professionelle Bankrotteure und Wiederholungstäter verdienen sich auf Kosten der Allgemeinheit eine goldene Nase. Der OGB♦L protestiert seit Jahren. Seit einigen Tagen nun scheint sowohl der Justizminister handeln zu wollen, als dass auch die "Confédération du Commerce" nach Reformen ruft. Eine späte Einsicht, aber endlich!

Ja, wir sind ein reiches und modernes Land, aber dafür ist längst nicht alles in Ordnung! Wir sind Weltmeister in der Entwicklungshilfe mit 0,7% unseres BSP. Und das ist gut und richtig so, denn es gehört zum Teilen und Umverteilen. Wir sollten uns nicht scheuen, uns den Spiegel vors Gesicht zu halten und auf offene Fragen, bewegende Probleme, auf Egoismus und Unzulänglichkeiten

Antworten zu finden und zu handeln. In unserer luxemburgischen Gesellschaft sind ganze Gruppen und Kategorien von Menschen aus der normalen Gesellschaft ausgegrenzt. Ob schuldig oder unschuldig, haben sie ein Recht darauf, dass die Gesellschaft, daß der Staat alle Mittel zur Verfügung stellt, um Chancen, Behandlung, Unterstützung und Hilfe zu gewährleisten. Das bedeutet mehr Solidarität, mehr finanzielle Mittel, mehr Infrastrukturen.

Die Arbeitslosigkeit könnte stark reduziert werden, wenn die Einstellungs- und Personalpolitik der Betriebe solidarischer wäre! Pflegefälle bekämen die Betten und die Pflege, auf die sie ein Recht haben, anstatt lange Wartelisten, den Rausschmiss aus Spitälern, mühsame Pflege zu Hause, Abschiebung ins Ausland in Kauf zu nehmen. Auch behinderte Menschen und besonders Jugendliche sind bei uns immer Opfer fehlender und mangelhafter Strukturen. Unzählige "Crèches"-Plätze fehlen immer noch oder sind, falls vorhanden, sündhaft teuer. Drogenopfer- oder -abhängige, werden als Täter verurteilt, haben aber kaum als Opfer ein Recht auf Betreuung und Reintegration in die Gesellschaft. Das Geld, das für ein Peimuseum, ein Kriegsschiff und -flugzeug u.a. aufgewendet wird, dürfte erst dann investiert werden, wenn wir die Verantwortung gegenüber den Menschen, die unsere Hilfe und Solidarität brauchen, erfüllt haben. Und nicht umgekehrt.

Kolleginnen, Kollegen!

Dies sind nur einige, aber wichtige Beispiele, die wir auch im Kontext der 700.000 Einwohnerdebatte sehen. Am Ursprung dieser Debatte steht einmal mehr der Staatsminister. War sie eigentlich gedacht, um Rentenerhöhungen zu verhindern oder zu ermöglichen? War es eine Drohung oder ist es eine Fatale: d.h. ein Anwachsen der Bevölkerung, das sich sowieso ergibt, so wie wir 1821 zu 134.000, 1900 zu 235.000, 2002 zu 450.000 sind, ohne, dass es uns je schlechter ging, im Gegenteil! Was bezweckte diese Debatte vor einigen Jahren, was bezweckt sie heute? In der Form, wie sie geführt wurde und vor den politischen Wahlen geführt zu werden riskiert, birgt sie viel Unruhe und Gefahren in sich. Hoffentlich weiss

Juncker, was er tut und was er will?! Zick-Zack-Kurs kann fatale Folgen im für Luxemburg notwendigen Zusammenleben von Luxemburgern mit Nicht-Luxemburgern und Grenzgängern haben! Biertischdebatten provozieren Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Die brauchen und wollen wir nicht. Im Gegenteil.

Der OGB♦L-Kongress von 1994 (jener von 1999 wiederholte es) forderte den Staatsminister auf, einen "Rat der Weisen" einzusetzen, um sich mit den Chancen, Risiken und Herausforderungen für Luxemburg in einer erweiterten EU und globalisierten Welt zu beschäftigen und das Land und seine Bevölkerung vorzubereiten. Nichts geschah bislang! Es ist wohl nie zu spät, aber dies setzt eine ehrliche und breite Debatte voraus, die keine Ängste schürt oder Nationalismus provoziert, sondern durch offensives Vorgehen Risiken weitgehend ausschließt. Es ist falsch, heute eine Politik betreiben zu wollen die mögliche Zukunftsprobleme schürt, die sich - wenn überhaupt - erst in 50 Jahren stellen könnten. Dies illustriert am besten das Beispiel Rentengerechtigkeit mit der sturen Ablehnung von Rentenerhöhungen seit 1996 bis hin zum Rententisch. Das, was voraussehbar und bekannt ist, sollte deshalb um so schneller geplant und realisiert werden:

1. Etappe: Den bestehenden Rückstand endlich beheben
2. Etappe: Auf 10-20 Jahre planen und handeln.



Dies bedingt eine konkrete und wirkliche Landesplanung, in der Staat und Gemeinden ihre Verantwortung übernehmen müssen und die Frage der Autonomie kein Vorwand ist, nichts oder nur wenig zu tun. Nationale und lokale Kirchturmpolitik lähmen notwendige politische Entscheidungen für heute und für morgen. Der Innenminister muß endlich Verantwortung übernehmen und Zeichen und Akzente setzen, statt seine Stahlhelmstrategie zu verfolgen.

Das Problem fehlender Bauschutt- d.h. Lehmdeponien sollte als abschreckendes Beispiel dienen, aber gleichzeitig zur Gelegenheit werden, Rückgrat und Verantwortung zu zeigen. Der OGB♦L wird alle gewerkschaftlichen Mittel einsetzen, sollten die Bauarbeiter (es sind deren rund 12.000) und die genau so zahlreichen Bauhandwerker die Leid-

tragenden dieses politischen und parteipolitischen Ping-Pong Spiels werden.

Wir fordern Landesplanung im Sinne optimaler Bedingungen für:

- ♦ eine intelligente Dezentralisierungspolitik, die quer durch das Land Industriebrachen mit Aktivitäten füllt und öffentliche- und private Dienstleistungsbetriebe ansiedelt.
- ♦ den Ausbau des öffentlichen Transports
- ♦ Wohnraum, der schulische Infrastrukturen schafft und Pflegeheime, Kultur-, Sport- und Jugendinfrastrukturen beinhaltet.

Wir fordern darüber hinaus einen neuen Elan in der Integrationspolitik, damit das harmonische Zusammenleben und Zusammenarbeiten von Luxemburgern und Nicht-Luxemburgern gewährleistet bleibt. Heute, morgen und übermorgen. Der OGB♦L begrüßt die Tatsache, dass nun über die doppelte Staatsbürgerschaft geredet werden darf und hoffentlich bald auch danach gehandelt wird. Der OGB♦L fordert, dass unsere Schulen und unsere Gesellschaft der Sprachenproblematik Rechnung tragen. Sie ist eine Voraussetzung für Chancengleichheit und Integration. Der OGB♦L fordert weiterhin eine offensive Beschäftigungspolitik. Arbeitslosigkeit (allen voran die Massenarbeitslosigkeit) ist der Auslöser für Fremdenhass und -feindlichkeit. Wir müssen heute verhindern, dass auf Grund des hohen Anteils an Nicht-Luxemburgern, eine verpasste Politik, Le Pen-ähnliche Zustände herbeiführt.





Der OGB♦L fordert, auch nach seiner erfolgreichen Mobilisierungskampagne für eine gerechte Umverteilung 2001 und 2002, weitere Anstrengungen in diesem Sinne:

- ◆ die Einführung der Negativsteuer
- ◆ ein selektives (einkommengestaffeltes) Kindergeld
- ◆ die massive Erhöhung des Mindestlohnes (7% + Ajustement 2003) zum 1.1.2003, d.h. soziale Gerechtigkeit für rund 35.000 Soziallohn-Bezieher, d.h. 17% Arbeitnehmer, die auch zum Wirtschaftswachstum beitragen
- ◆ mehr Kollektivverträge, um gerechte Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer im Privatsektor zu ermöglichen
- ◆ die zügige Verabschiedung des Gesetzes für die Beschäftigten im HORECA-Bereich und die Bereitschaft des Patronats, auch hier Kollektivverträge mit uns zu verhandeln.
- ◆ die Abschaffung aller noch bestehender Ausnahmebestimmungen im Arbeitsrecht und die Schaffung korrekter Arbeitsbedingungen im privaten Straßentransport. Darum unser Widerstand gegen den Punkteführerschein in der vorliegenden Form. Es muß dringend über die Sozialaspekte in diesem Gesetzesprojekt diskutiert und gehandelt werden. Wo bleibt der konstruktive Dialog des Ministers?
- ◆ Verhandlungen über die etappenweise Einführung der 35-Stundenwoche als Gegenleistung zur Flexibilisierung (PAN 1998).

Kolleginnen, Kollegen!

In diesem Lande müssen wir gewissen Realitäten Rechnung tragen und entsprechend handeln. Luxemburg muß allen Bürgern und allen, die hier arbeiten, Chancengleichheit ermöglichen. Es wäre eine Katastrophe mit dramatischen und fatalen Folgen wenn man (fast karikaturhaft) davon ausgeht, dass die Luxemburger die guten und sicheren Arbeitsplätze und die Nicht-Luxemburger Risikoarbeitsplätze, die auch noch schlecht bezahlt sind, besetzen. Die Kolonialzeiten sind vorbei.

Es besteht auch hier längst Handlungsbedarf im eigenen Interesse und damit im Interesse der luxemburgischen Gesellschaft, die gerecht und sozial für alle sein muß, ohne Rücksicht auf Nationalitäten.



Kolleginnen, Kollegen!

Der Le Pen Sieg war an dem Sonntagabend Auslöser für verschiedene Mitmenschen unter uns in Esch/Alzette, Nazi-Parolen wie "Sieg Heil" und "Ausländer raus" zu skandieren! Hören wir doch damit auf, die Gefahr der "Überfremdung" herbei zu reden. Wir provozieren Fremdenhass für etwas, was nicht unbedingt eintreten muß. Falls doch, können wir ihn nicht durch parteipolitische Kakophonie, sondern nur durch gezielte politische und andere Entscheidungen im Sinne der Integration verhindern.

Wehren wir den Anfängen! Die Demokratie muß permanent geschützt werden, anstatt nachträglich über ihren Verlust zu lamentieren. Reaktivieren wir die "Action contre le racisme" aus den 80er-Jahren, sobald die Anzeichen für Rechtsradikalismus sich verstärken. Nationale Solidarität gegen Glatzkopfdummheit!

(Teil 2 im nächsten Aktuell)

1er Mai à Thionville

Discours prononcé par Jean-Claude Reding, président du Conseil syndical interrégional Sarre-Lorraine-Luxembourg-Trèves-Palatinat ouest

Chères camarades, chers camarades,
le Conseil syndical interrégional regroupe les confédérations syndicales de la Sarre, de la Lorraine, du Luxembourg et de la région de Trèves et du Palatinat ouest, qui sont membres de la Confédération européenne des syndicats. C'est la deuxième fois que nous organisons une manifestation syndicale internationale dans notre région. L'année dernière nous étions à Grevenmacher au Luxembourg, cette année cette manifestation a lieu en France, ici à Thionville.

Nous vivons dans une région où le travail transfrontalier joue un rôle important. En effet bientôt presque 200.000 travailleurs dans notre région seront des travailleurs frontaliers. La moitié de ces travailleurs frontaliers sont des lorrains. Sans Union européenne beaucoup de ces emplois n'existeraient pas et surtout le statut des travailleurs frontaliers serait beaucoup plus précaire qu'aujourd'hui. Surtout pendant la dernière décennie beaucoup d'améliorations quant au statut des travailleurs frontaliers ont pu être obtenues par l'action syndicale inlassable à tous les niveaux. Beaucoup de discriminations qui caractérisaient la situation du frontalier dans le domaine du droit du travail, du droit social et du droit syndical ont pu être abolies. Nous savons cependant que des problèmes et des discriminations subsistent et il faut continuer notre travail.

La montée d'un nationalisme antidémocratique et autoritaire, la xénophobie et le racisme risquent de mettre en péril ce travail. Les thèses de l'extrême droite sont un danger pour ces milliers de travailleurs dans notre région. Par contre, la coopération transfrontalière dans la Grande Région formée par la Lorraine, la Sarre, la Rhénanie-Palatinat

et la Wallonie peut être une chance pour notre avenir commun. Le CSI a développé beaucoup de propositions à ce sujet et le mouvement syndical est devenu un acteur important au niveau interrégional. Je voulais souligner les questions auxquelles nous devons trouver ensemble une réponse dans notre grande région. Mais je crois qu'il est aujourd'hui plus important de se

concentrer sur d'autres points plus essentiels. ble contre la politique antisociale du Gouvernement Berlusconi. Et en Italie comme dans d'autres pays, le discours nationaliste et xénophobe est un corollaire de cette politique antisociale. Les syndicats qui organisent aujourd'hui cette manifestation, les syndicats qui font partie du Conseil syndical interrégional sont profondément pro-européens. Ils veulent plus d'Europe et pas moins d'Europe. Ils veulent une Union



concentrer sur d'autres points plus essentiels.

Chères camarades, chers camarades,

depuis le premier mai 2001 le mouvement syndical européen a manifesté à plusieurs reprises, à Bruxelles, à Barcelone. Nous avons manifesté en masse et avec force pour une politique de progrès social en Europe, pour le respect des droits des travailleurs, pour le respect de la dignité humaine sur le lieu de travail, pour un emploi de qualité, un emploi sûr pour tous. En Italie, les syndicats mènent un combat formida-

européenne forte. Mais cette Union européenne doit être une Union européenne avec une forte dimension sociale, avec un haut niveau de protection sociale. La construction européenne doit se faire dans le respect des acquis sociaux des travailleurs, elle doit se faire dans le progrès social. Or, trop longtemps une politique néo-libérale qui donnait la priorité à la construction du marché intérieur et ce souvent au dépens de la dimension sociale a dominé en Europe.

Le Conseil européen de Barcelone en mars de cette année a montré que la

politique néo-libérale qui veut déréguler les relations sociales, qui vise à diminuer la protection des salariés et leurs prestations sociales, qui veut détruire ce qui reste des services publics et qui veut soumettre la politique sociale aux impératifs de la mondialisation sauvage de l'économie a de nouveau le vent en poupe.

Au lieu de décider une politique de relance économique coordonnée, nous retrouvons l'appel à la modération salariale et à la révision des prestations sociales pour les chômeurs, nous retrouvons la mise en cause de nos systèmes de préretraite et de retraite anticipée. La modération salariale, la diminution de la protection sociale, la dérégulation du droit du travail ne créent pas d'emploi, mais elles augmentent la précarité et le sentiment d'insécurité qui sévissent dans nos sociétés. Surtout aujourd'hui, dans une période de ralentissement économique il faudrait au contraire faire une politique en faveur d'une amélioration du pouvoir d'achat. Le souci principal du sommet européen n'était pas la relance économique et le renforcement de la dimension sociale de l'Union, mais la poursuite de la politique de démantèlement des services publics ou de ce qui en reste encore. La libéralisation des chemins de fer est poussée en avant alors que l'exploitation honteuse des chauffeurs routiers révélée par les récents scandales qui ont éclaté au Luxembourg, en Allemagne et en Autriche n'est qu'un sujet mineur pour le Conseil européen.

Dans un tel contexte le discours sur la cohésion sociale, sur la politique de l'emploi, sur la lutte contre l'exclusion sociale et sur la promotion de services publics de qualité sonne creux. C'est ce double langage, ces contradictions qui expliquent le désarroi de beaucoup de gens par rapport à la construction européenne, voire même leur rejet de la politique européenne.

Chères, chers collègues,

le mouvement syndical n'accepte pas la politique sociale et économique menée actuellement en Europe.

Nous avons une autre vision de l'Europe et de nos sociétés. Nous voulons une société solidaire, une société démocratique, une société respectueuse



se des droits sociaux et des droits humains, une société respectueuse de son environnement naturel, une société tolérante et ouverte, une société qui garantit l'égalité des chances, l'accès à un enseignement et une formation de qualité pour tous, la sécurité de tous et qui protège tout un chacun sans discrimination contre les aléas de la vie. En bref, une Europe où la qualité de la vie de tous les citoyens est au premier plan, mais également une Europe fraternelle qui soutient activement et solidairement le développement harmonieux de tous les pays du monde. C'est cela notre modèle social européen.

Chères, chers camarades,

notre époque est plus que jamais marquée par l'internationalisation, la mondialisation, la globalisation de l'économie. La mondialisation de l'économie est accompagnée de fermetures de sites de production et de menaces sur l'emploi. "Bata" et "Daewoo" en sont des exemples en Lorraine. Je pourrais compléter la liste avec des exemples au Luxembourg, en Belgique et en Allemagne. Le CSI est solidaire avec tous les travailleurs en lutte pour la défense de leur emploi dans notre région.

La mondialisation de l'économie entraîne des restructurations et des fusions d'entreprises aux conséquences imprévisibles. Après la transformation radicale de la sidérurgie et de son rôle dans notre région depuis les années 70, nous venons de vivre la création d'Arcelor.

Les syndicats de la sidérurgie ont mené un combat important pour éviter que cette fusion entre Usinor, Arbed et Aceralia ne soit utilisée contre les intérêts des travailleurs de la sidérurgie.

Chères, chers camarades,

la mondialisation de l'économie telle qu'elle est mise en œuvre aujourd'hui est à juste titre ressentie comme une menace par beaucoup de gens. Le développement de la précarité de l'emploi, la menace du chômage, la remise en cause continue de notre système de protection sociale, de l'avenir de nos retraites tout cela engendre un sentiment diffus de peur devant l'avenir. Et la peur est souvent mauvaise conseillère. Le rejet de l'autre, le racisme et la xénophobie, le repli sur soi sont des réponses négatives qui mènent dans des impasses. Les couches populaires seront les premières victimes de cette politique.

Il est de notre devoir de montrer qu'il y a une alternative, qu'une résistance constructive et qu'un autre modèle social dans nos pays, en Europe et dans le monde entier sont possibles.

Chères, chers camarades,

le premier mai est à ses origines une action internationale de la classe ouvrière pour imposer une amélioration des conditions de travail dans tous les pays.

“Paix, pain et liberté” est inscrit au blason du mouvement syndical international. La lutte contre la misère et l'exploitation dans le monde exige la reconnaissance des droits syndicaux, elle exige une nouvelle régulation du commerce et du système financier international.

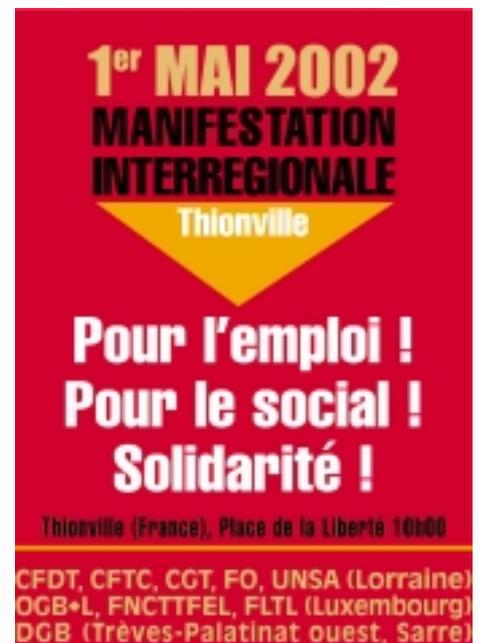
La lutte pour la paix est un devoir constant pour chaque syndicaliste. Nous vivons actuellement un drame effroyable au Moyen-Orient. La Confédération européenne des syndicats condamne l'incursion militaire israélienne dans les territoires palestiniens et la destruction massive intentionnelle de l'infrastructure civile et économique de la région Ouest. Elle condamne également les attentats terroristes à l'encontre de civils israéliens. La CES est en contact avec le mouvement syndical israélien et palestinien et soutient les efforts de

ceux qui luttent pour le dialogue, la coopération, une coexistence pacifique et un développement économique et social positif.

La lutte pour la liberté est également un engagement de principe pour chaque syndicaliste. La démocratie est incompatible avec la haine, le rejet de l'autre, le racisme et la xénophobie.

Le premier mai est notre jour de fête et de lutte. Le Pen essaie de le détourner à son profit. Nous ne nous laisserons pas déposséder du premier mai. Les idéaux syndicaux sont à l'opposé des thèses de l'extrême droite.

**Non au racisme !
Non à la xénophobie !
Pour l'emploi !
Pour le social !
Solidarité !
Vive le premier Mai !**



1. Mai-Demonstration in Thionville

**Ansprache von Jean-Claude Reding,
Vorsitzender des interregionalen Gewerkschaftsrates
Saar-Lor-Lux-Trier-Westpfalz**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist zum zweiten Mal, dass der IGR eine interregionale 1. Mai-Demonstration organisiert. Letztes Jahr fand sie in Grevenmacher statt, dieses Jahr hier in Thionville. Wir leben in einer Region, in der ein wachsender, grenzüberschreitender Arbeitsmarkt besteht. Bald werden fast 200.000 Arbeitnehmer in unserer Region als Grenzgänger arbeiten. Ohne die Entwicklung der europäischen Union würden viele dieser Arbeitsplätze nicht bestehen und das Grenzgängerstatut wäre sicherlich sehr viel prekärer als heute. Besonders während des letzten Jahrzehnts konnten die Gewerkschaften viele Verbesserungen zugunsten der Grenzgänger durchsetzen. Viele Diskriminierungen konnten abgeschafft werden. Wir wissen aber, dass es noch immer Probleme gibt und dass unsere Arbeit weitergehen muß. Das Aufkommen rechtsradikaler Tendenzen, von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bringt diese Arbeit in Gefahr. Sie sind eine besondere Gefahr

für die Tausende von Grenzgängern und ihren Familien in unserer Region. Gerade die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in unserer Großregion kann eine Chance für unsere gemeinsame Zukunft darstellen. Die Gewerkschaftsbewegung hat viele Vorschläge in diesem Zusammenhang gemauert und sich zu einer wichtigen Kraft in der Großregion entwickelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit dem ersten Mai 2001 hat die europäische Gewerkschaftsbewegung machtvolle Demonstrationen in Brüssel, in Barcelona durchgeführt. Wir haben für sozialen Fortschritt demonstriert, für den Respekt der Rechte der Arbeitnehmer, für das Recht auf einen guten und sicheren Arbeitsplatz. In Italien führen die Gewerkschaften einen bewundernswerten Kampf gegen die unsoziale Politik der Berlusconi-Regierung, eine Politik, die droht sich in Europa auszudehnen. Wir demonstrieren nicht gegen Europa. Im Gegenteil wir

sind fundamental für die Europäische Union. Wir wollen nicht weniger, sondern mehr Europa. Wir wollen aber ein soziales Europa, ein Europa des sozialen Fortschritts und nicht des Sozialabbaus. Der Gipfel in Barcelona zeigte, dass die Deregulierungsfanatiker in Europa wieder Aufwind verspüren. Anstatt eine koordinierte Politik für den wirtschaftlichen Aufschwung zu beschließen, wird verbissen am Stabilitätspakt festgehalten, wird eine moderate Lohnpolitik gepredigt und werden weitere Einschnitte in das soziale Netz in Erwägung gezogen. Lohnmäßigung und Sozialabbau, Verschlechterung des Arbeitsrechts schaffen keine Arbeitsplätze, sondern erhöhen die Gefahr der Armut und der sozialen Ausgrenzung für viele Menschen. Gerade in einer Zeit, die durch einen wirtschaftlichen Rückgang gezeichnet ist, gilt es die Chance des europäischen Binnenmarktes für eine Politik des wirtschaftlichen Aufschwungs zu nutzen. Und gerade deshalb gilt es eine Politik zur Verbesserung der Kaufkraft der großen Masse der



Arbeitnehmer und der Rentner durchzuführen. Deshalb liegen die deutschen Gewerkschaften mit ihren Lohnforderungen auch richtig. Ihr Kampf ist unser Kampf!

Hauptthema des europäischen Gipfels war aber nicht eine aktive Politik für den Wirtschaftsaufschwung und die Stärkung der sozialen Dimension Europas, sondern die forcierte Liberalisierung unserer Wirtschaft. Nicht der Kampf gegen die Ausbeutung der Fernfahrer durch Kralowetz und Co. sondern die weitere Liberalisierung der Eisenbahn stand im Mittelpunkt der Diskussionen.

Eine solche Politik fördert die zunehmend negative Einstellung vieler Menschen zu Europa und zur Politik im Allgemeinen, sie fördert das Gefühl der Unsicherheit in unserer Gesellschaft und treibt viele Menschen in die Fänge des Rechtsextremismus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Gewerkschaftsbewegung ist nicht mit der aktuell in Europa geführten Wirtschafts- und Sozialpolitik einverstanden. Wir haben eine andere Vision Europas und unserer Gesellschaft. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, eine demokratische Gesellschaft, eine Gesellschaft, die die demokratischen und die sozialen Rechte aller Menschen respektiert, eine Gesellschaft, die rücksichtsvoll mit ihrer natürlichen Umwelt

umgeht, eine offene und tolerante Gesellschaft, eine Gesellschaft, die Chancengleichheit garantiert, die jedem Zugang zu einer guten Bildung und Ausbildung garantiert, eine Gesellschaft, die die Sicherheit und die Gesundheit Aller schützt, eine Gesellschaft, die jeden ohne Diskriminierung gegen die Schicksalsschläge des Lebens schützt, eine Gesellschaft, die sich aktiv und solidarisch für eine harmonische Entwicklung aller Länder der Welt einsetzt. Das



ist das europäische Sozialmodell, für das wir uns einsetzen.

Kolleginnen und Kollegen,

unsere Epoche ist mehr denn je durch die Internationalisierung und die Globalisierung der Wirtschaft gekennzeichnet. Ein Prozess, der durch Umstrukturierungen, Fusionen und Delokalisierungen gekennzeichnet ist und viele Arbeitsplätze gefährdet. Wir sind solidarisch mit all den vielen Menschen, die in unserer Region um ihren Arbeitsplatz bangen und für ihn kämpfen müssen. Wir drücken insbesondere den Kollegen aus dem Kohlebergbau im Saarland unsere Solidarität aus.

Kolleginnen und Kollegen,

die Globalisierung der Wirtschaft, so wie sie heute von statten geht, wird zu Recht von vielen Menschen als eine Bedrohung empfunden. Unsichere Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit, die dauernde Infragestellung unserer sozialen Absicherung im Alter, bei Krankheit, schaffen eine diffuse Zukunftsangst. Angst ist aber oft ein schlechter Ratgeber. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Nationalismus und der Ruf nach dem starken Mann sind negative Entwicklungen, die in eine Sackgasse führen. Und gerade die kleinen Leute werden die ersten Opfer einer sol-

chen Politik sein. Wir müssen zeigen, dass es Alternativen gibt, dass konstruktiver Widerstand, dass ein anderes Gesellschaftsmodell in unseren Ländern, in Europa, in der Welt möglich ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der erste Mai ist als internationaler Aktionstag der Arbeiterschaft entstanden. "Frieden, Brot und Freiheit" steht als Motto im Wappen der internationalen, freien Gewerkschaftsbewegung. Der Kampf für Brot für alle, der Kampf gegen Armut und Ausbeutung ist eng verbunden mit dem Kampf für die Gewerkschaftsrechte, für einen gerechten Welthandel und gegen die internationale Finanzspekulation.

Der Einsatz für den Frieden ist ein Leitmotiv für jeden Gewerkschafter. Deshalb erfüllt uns die Situation im Nahen Osten mit großer Trauer und Entsetzen. Deshalb unterstützen wir die Bemühungen des europäischen Gewerkschaftsbundes im Dialog mit den israelischen und den palästinensischen Gewerkschaften, die Kräfte zu unterstützen, die für den Dialog, die Zusammenarbeit und ein friedliches Zusammenleben eintreten.

Der Kampf für die Freiheit, für die Menschenrechte ist untrennbar mit der internationalen, freien Gewerkschaftsbewegung verbunden. Zu viele Gewerkschafter haben ihren Einsatz für die demokratischen Rechte mit ihrem



Leben bezahlt. Demokratie ist unvereinbar mit Intoleranz, Rassismus und Fremdenhass.

Léif Kolleginnen a Kollegen,

Den éischte Mee ass eise Feierdag, et ass eisen Aktiounsdag. De Le Pen steet mat senge rietsextremen Iddien a kompletter Opposition zu den Zieler vun der fréier Gewerkschaftsbewegung. Hie

probéiert et alt nees, den éischte Mee, fir seng Zieler ze benotzen. Mäer loosse eis den éischte Mee awer net ewech huelen. Eis Demonstratioun vun haut, mat hirem internationale Charakter ass eng staark Äentwert op dës Provokatioun.

Merci datt dir komm sidd a

Vive den éischte Mee!

1er Mai à Clervaux



Plus de 500 participants à la fête régionale du Nord



Marie-Thérèse Sannipoli, membre du bureau exécutif, lors de son discours

Chiennne de Vie



CONGE POLITIQUE :

DEMOCRATIE EN DANGER EN EUROPE !

Depuis plusieurs années l'OGB♦L ne cesse de dénoncer le problème du congé politique pour les travailleurs frontaliers. Le Luxembourg dispose d'une réglementation sur le congé politique de par la loi du 13 décembre 1988, (mémorial A, P. 1380), modifiée par le règlement grand-ducal du 19 avril 1994, qui fixe le droit à un congé politique suivant l'importance de la commune. Ce congé politique est considéré comme temps de travail effectif dont la rémunération reste à charge du ministère de l'intérieur. A noter, que cette loi est applicable exclusivement aux résidents.

La France dispose également du décret n° 92-1205 du 16 novembre 1992, fixant les modalités d'exercice par les titulaires de mandats locaux de leurs droits en matière d'autorisations d'absence et de crédit d'heures. Autorisations d'absence et de crédit d'heures inhérentes à l'importance de la commune et fixées trimestriellement.

Les premières interventions concernant ce problème remontent à septembre 1995. De courriers en réunions et questions parlementaires, tous s'accordaient à dire qu'il y avait effectivement un problème, mais pas la moindre esquisse de solution en vue de la part des responsables politiques tant luxembourgeois que français.

Les uns vous disent, tu travailles au Luxembourg ce n'est pas notre problème, les autres vous répondent, la loi est applicable uniquement aux résidents, va voir en France (drôle de conception de l'Europe du citoyen).

Il a fallu donc porter ce litige devant les juridictions.

Première étape, le tribunal administratif qui s'est déclaré incompétent et qui nous a invités à aller voir ailleurs et plus précisément auprès du tribunal du travail.

1er jugement du tribunal du travail en date du 23 octobre 2000 **qui se base sur une jurisprudence ne recouvrant pas l'objet de l'affaire.**

2ème jugement de la cour d'appel qui a déclaré l'appel recevable mais non fondé. **Les juges ont estimé qu'en l'ab-**

sence d'exercice d'un mandat politique, l'appel n'était pas fondé puisque la demande tendait à l'octroi du congé politique sans rétroactivité au jour de l'introduction de l'instance.

Deux jugements « douteux » qui tendent à prouver que l'on a tout fait pour éviter de poser la question préjudicielle à la cour de justice des communautés européennes.

Et voilà que la commission européenne estime également en date du 24 avril 2002, dans un courrier adressé à l'avocat en charge du dossier pour l'OGB♦L,

« ... Que les provisions de la loi luxembourgeoise limitent cet avantage aux travailleurs qui ont été élus au Luxembourg » ...

Mais où va donc l'Europe ???

Pour ma part, je voudrais rappeler à tout ce beau monde, **l'article 7, titre II, du règlement CEE n° 1612/68 du conseil du 15 octobre 1968 relatif à la libre circulation des travailleurs à l'intérieur de la communauté, qui stipule clairement en son alinéa 2, que le travailleur ressortissant d'un état membre bénéficie sur le territoire des autres états membres, des mêmes avantages sociaux et fiscaux que les travailleurs nationaux.**

La réglementation sur le congé politique faisant partie intégrante du droit du travail au Luxembourg, peut-on, dès lors, écarter les frontaliers du champ d'application de la loi du 13 décembre 1988 ?

Evidemment non, auquel cas, la démocratie et l'Europe du citoyen sont réellement en danger.

Certaines personnes peuvent être amenées à penser que ce dossier est clos, pas pour l'OGB♦L, loin de là !

Philippe Manenti

Contagem do tempo de Serviço militar Emigrantes são esquecidos e discriminados, a luta tem de continuar!

As Comissões Coordenadores do Luxemburgo e de França do Movimento pelo Direito à reforma de **todos os ex-militares portugueses emigrantes** reuniram-se nos dias 11 e 12 de Maio, no Luxemburgo.

Esta reunião serviu para analisar a situação decorrente da legislação sobre a contagem do tempo de serviço militar para efeitos de reforma e em particular da Lei n.º 9/2002, de 11 de Fevereiro.

Esta nova lei é injusta, restritiva e discriminatória quando deixa de fora milhares de ex-militares e contempla unicamente os ex-combatentes com registos de remunerações no regime contributivo da segurança social portuguesa, o que não é o caso da grande maioria dos emigrantes portugueses.

Nesta reunião participou também o novo deputado eleito pelo Círculo da Emigração, Carlos Gonçalves, do PSD, que reconheceu a justiça e o mérito da nossa acção e manifestou a sua vontade em contribuir por todos os meios ao seu alcance para acabar com esta situação injusta e discriminatória para os emigrantes.

Os sucessivos governos, os deputados e os demais órgãos do Estado Português são useiros e vezeiros no esquecimento dos milhões de emigrantes espalhados pelo mundo.

São os emigrantes que através das suas remessas contribuem fortemente para a economia do país e são também os emigrantes que têm um papel fundamental no desenvolvimento turístico de Portugal.

O maior partido da actual coligação governamental, o PSD, prometeu durante a campanha eleitoral "a revisão do sistema de apuramento do tempo de serviço para efeitos de reforma, prevendo nomeadamente, a contagem em todas as circunstâncias do serviço militar obrigatório". A seriedade e a responsabilidade perante os eleitores obriga a que este governo cumpra o prometido.

Os órgãos do poder (Governo e Assembleia da República) não podem esquecer que a maioria dos emigrantes são oriundos do meio rural, onde não havia segurança social nos anos 60.

Muitos patrões da altura não efectuaram os descontos devidos e o próprio Estado considerou-os como jornaleiros ou eventuais não efectuando quaisquer descontos para a segurança social (cantoneiros, caminhos de ferro, etc.) ou então já eram emigrantes antes da prestação do serviço militar.

Em consequência, o tempo de serviço militar não é considerado para efeitos de formação da pensão, nem para a formação dos períodos de garantia.

Deste modo, a referida lei divide os portugueses em duas categorias:

- os que não emigraram e são abrangidos pela lei;
- os que emigraram e não são abrangidos pela lei (salvo raras excepções).

As Comissões dos Ex-Militares de França e do Luxemburgo decidiram coordenar as suas formas de acção e de luta.

Neste sentido foi decidido:

1. Solicitar audiências:
 - A) ao Presidente da Assembleia da República para lhe transmitir as mais de 10 mil assinaturas já recolhidas de uma petição reclamando a contagem do tempo de serviço militar obrigatório em todas as circunstâncias;
 - B) aos Ministros da Defesa, Dr. Paulo Portas, e ao Ministro do Trabalho e da Segurança Social, Dr. Bagão Félix, cujas competências e acções conjuntas nesta matéria são necessárias;
 - C) aos Secretários de Estado da Defesa e dos Antigos Combatentes, Dr. Henrique de Freitas, e das Comunida-

des Portuguesas, Dr. José Cesário, que, cada um nas suas esferas de influência, tem responsabilidades nesta matéria.

2. Continuar a sensibilizar os partidos, os deputados e a opinião pública para a necessidade de se corrigir a injustiça criada com a Lei n.º 9/2002;
3. Fazer ouvir a voz dos emigrantes em Portugal, através das suas famílias e dos órgãos de comunicação locais e regionais;
4. Desencadear acções de sensibilização e de denúncia deste problema durante as comemorações do Dia de Portugal de Camões e das Comunidades;
5. No dia 8 de Junho, em Paris, desencadear acções para sensibilizar o Presidente da República, Dr. Jorge Sampaio, para a necessidade de intervir nesta matéria e apelar a todos os Ex-Militares para denunciar "alto e bom som" a forma como "A Pátria Contempla os Seus Filhos ..."
6. Continuar a sensibilizar todos aqueles que podem beneficiar da Lei 9/2002 para não se esquecerem de efectuar o requerimento até 31 de Outubro de 2002;
7. Apelar a todos aqueles a quem os Consulados recusarem o preenchimento dos requerimentos por falta de número da Segurança Social Portuguesa para dirigirem, eles mesmos, esses requerimentos às entidades competentes;
8. Pressionar o governo para aceitar que a inscrição na segurança social deve ser entendida como sendo a segurança social de qualquer um dos países abrangidos pelo regulamentos comunitários, em particular o Regulamento 1408/71;
9. Exigir que os Conselheiros das Comunidades e os deputados eleitos pela emigração assumam o seu papel de defensores dos emigrantes que os elegeram e defendam as nossas reivindicações;
10. Manter contactos com as associações que em Portugal se ocupam desta matéria para que integrem a nossa situação;
11. Desencadear outras formas de acção (manifestações, boicotes, etc) se até Outubro, o Governo e a Assembleia da República, não tomarem medidas para resolver esta injustiça

Os ex-militares e ex-combatentes portugueses não podem ficar de braços cruzados e exigem que os anos passados no Serviço Militar Obrigatório contem para a reforma.

**A luta continua,
UNIDOS, VENCEREMOS!**



DELEGATION DU PERSONNEL
OUVRIERS ET EMPLOYES
SOLUDEC S.A.
B.P. 43
L – 8001 STRASSEN

Monsieur François BILTGEN
Ministre du travail et de l'emploi
26, rue Zithe L – 2763 LUXEMBOURG

Strassen, le 03 avril 2002

Concerne : « Litiges entre les délégations ouvriers et employés de SOLUDEC S.A. et la direction de SOLUDEC S.A. et transmis à l'Inspection du travail et des mines pour prise de position »

Monsieur le Ministre,

Les soussignés, J. SERRANO ROBALO et Philippe MANENTI, respectivement président de la délégation des ouvriers et président de la délégation des employés de SOLUDEC S.A., portent à votre connaissance une situation qu'ils jugent inadmissible.

En effet, une réunion avait été fixée au siège de l'Inspection du travail et des mines en date du 28 novembre 2001, lors de laquelle plusieurs dossiers devaient être à l'ordre du jour suite aux différentes interventions des délégations du personnel reprises ci-dessous :

- Lettre de janvier 2001, concernant les panneaux d'affichage pour les syndicats représentés dans la délégation.
- Lettre du 28 mars 2001 concernant le chantier AM DGZ DEKA BANK Kirchberg.
- Lettre du 24 janvier 2001, concernant l'application de la loi du 25 avril 1995 portant sur les intempéries.
- Lettre du 28 mars 2001 concernant la loi du 27 mai 1975 portant généralisation de l'échelle mobile des salaires et traitements.
- Lettre du 27 août 2001 concernant l'application de la loi du 18 mai 1979 portant réforme des délégations du personnel, en relation avec les représentants du personnel de la société T-COMALUX, transférés chez SOLUDEC.
- Lettre du 18 juillet 2000 concernant l'article 25 de la convention collective de travail des ouvriers du bâtiment et portant sur le congé annuel de récréation.
- Demande de SOLUDEC du 02 octobre 2001 concernant la demande de travail posté pour les chantiers IEK A et B, ainsi que l'avis défavorable de la délégation sur le sujet, de la lettre de réclamation à l'ITM du 15 octobre 2001 et de la réponse du directeur de l'ITM du 30 octobre 2001.

La réunion du 28 novembre 2001 ayant été reportée à l'initiative de l'inspection du travail et des mines, les présidents des délégations de SOLUDEC ainsi que Monsieur Alex TEOTONIO, secrétaire central de l'OGB•L, ont demandé en date du 25 février 2002 à l'ITM de proposer une nouvelle date de réunion.

En date du 14 mars 2002, Monsieur Claude LORANG, directeur-adjoint de l'Inspection du travail et des mines nous répond qu'en raison d'un conflit d'intérêts potentiel surgi entretemps, il est déontologiquement obligé de se récuser à titre personnel dans le traitement des dossiers SOLUDEC.

Les présidents des délégations de SOLUDEC ont en date du 19 mars 2002 fait part à Monsieur Claude LORANG de leur étonnement et de leur mécontentement face à cette situation.

A ce jour, nous devons remarquer que les dossiers en suspens, pour certains depuis plus d'une année, sont restés sans réponse de la part de l'ITM.

Devant une telle situation au demeurant intolérable, nous n'avons comme unique moyen que de solliciter votre intervention auprès de l'organisme concerné afin que nous puissions enfin avoir les réponses à nos différentes demandes.

Dans l'attente et avec nos remerciements anticipés pour l'accueil que vous réserverez à la présente, nous vous prions de croire, Monsieur le Ministre, en l'expression de notre haute considération.

Pour la délégation des ouvriers,
J. SERRANO ROBALO

Pour la délégation des employés,
P. MANENTI

Pièces jointes : Copie des différentes interventions reprises dans ce courrier

Mise à pied du président de la délégation du personnel chez DSD I.C.

Attitude infantile de la direction de DSD I.C. face à des revendications justes de leur personnel

La direction de la société DSD IC n'a pas trouvé mieux pour répondre aux nombreuses revendications justes de leur personnel que d'effectuer une mise à pied du président de la délégation du personnel.

Les reproches faits au collègue Francis Czarnuch par la direction de DSD IC, motivant soi-disant sa mise à pied immédiate, ne sont pas seulement insuffisants à mon avis, mais aussi très infantiles. En fin de compte, mis à part l'invention et l'accusation facilement contestable de fraude lors d'un calcul des frais de route, la direction lui reproche d'avoir fait son boulot en tant que président de la délégation.

Pour nous, le seul reproche que le collègue Francis Czarnuch mérite, est celui d'avoir été trop patient et indulgent face à l'entêtement et l'inertie sociale de sa société. En effet, Francis avait décidé, ensemble avec ses collègues de délégation, qu'au lieu de s'investir dans une avalanche de procès pour redresser les nombreuses défaillances légales de DSD IC, il valait mieux chercher des compromis avec leur direction. Et cela malgré quelque 90% de leurs revendications, demandes ou réclamations, restées à ce jour sans réponse.

Les collègues de la délégation du personnel, organisées à 100% chez l'OGB•L, ont réagi à cette agression patronale par un courrier de réclamation à leur direction ainsi qu'auprès du Ministre du Travail. Une pétition de solidarité a été organisée auprès du personnel qui a spontanément adhéré au mouvement en témoignant non seulement son soutien au collègue Czarnuch mais aussi en donnant mandat à la délégation et à l'OGB•L pour exercer plus de pression sur la direction, qui - tout semble l'indiquer - préfère la pression aux discussions.

L'OGB•L est intervenu auprès de la direction de la société-mère de DSD IC, à savoir « Dillinger Stahlbau GmbH », lui demandant de prendre ses responsabilités et d'intervenir auprès de la direction luxembourgeoise en vue d'arrêter les poursuites incompréhensibles contre

notre délégué et d'éviter que l'OGB•L se voie forcé d'entamer les actions syndicales qui déjà semblent s'imposer.

Alex Teotonio
Secrétaire central

La mise à pied d'un délégué du personnel reste heureusement l'exception. N'empêche que chaque cas confirme l'OGB•L dans sa démarche visant le renforcement de la protection de tous les délégués contre le licenciement et contre les conséquences sur l'exercice du mandat.



Interview

Depuis combien de temps fais-tu partie de la société D.S.D. I.C. ?

Francis : Je suis rentré dans cette société le 13 novembre 1989.

Quelle a été ta motivation pour mandater le poste de délégué du personnel ?

Francis : J'ai toujours donné des conseils aux gens, je souhaitais défendre les intérêts des ouvriers et des employés de la société. Mes collègues de travail m'ont demandé et encouragé à être leur représentant.

Es-tu surpris de la réaction de ton employeur concernant ta mise à pied ?

Francis : Non, pas surpris, mais certes étonné. Je me doutais de par les interventions de la direction DSD IC qu'on cher-

chait à me faire des ennuis, mais je suis étonné de voir que la direction est tout de suite passée à l'acte sur des arguments aussi volatiles, car je ne pensais pas qu'elle trouverait quoi que ce soit qu'elle puisse me reprocher. Enfin, les reproches qui me sont faits sont à mon avis facilement contestables et je compte avec le fait que la justice en prononce le même verdict.

Avais-tu déjà été menacé par la direction qu'une mise à pied pourrait intervenir ?

Francis : Non jamais, je n'ai d'ailleurs pas reçu d'avertissement, mon boulot n'a jamais été contesté, mais j'ai trouvé dans mon dossier personnel de la société un courrier daté du 29 novembre 2001, qui évoque déjà les conséquences d'une éventuelle mise à pied.

Comment as-tu réagi à cette mise à pied ?

Francis : Très bien, car je n'ai rien à me reprocher. J'ai effectué mon mandat de président de délégation en pensant aux intérêts de mes collègues de travail. Ma vie de famille a été sacrifiée et j'ai même dû investir dans du matériel informatique pour pouvoir faire mon travail de délégué, vu que la direction de la société ne nous met rien à disposition même pas de local, et vu que nos diverses réclamations auprès de l'ITM depuis le 26 juin 2001 n'ont jamais porté fruit. J'ai essayé d'exécuter ma tâche en tant que représentant du personnel avec professionnalisme et cela malgré le peu de moyens mis à notre disposition par la direction de DSD I.C.

Comment a réagi ta famille en apprenant ta mise à pied ?

Francis : Elle se fait beaucoup de soucis compte tenu du fait que cela pourra prendre longtemps et qu'on pourra avoir des ennuis financiers dans le futur très proche, mais voyant mon comportement, ses craintes se sont apaisées.

Comment ont réagi tes collègues de travail en apprenant ta mise à pied ?

Francis : Ils ont été scandalisés par le comportement de la direction. Mes collègues de la délégation ont protesté par écrit et ont organisé une pétition parmi le personnel, pétition qui a spontanément

été signée par la grande majorité des collègues de travail. Lorsque j'ai été chercher mes affaires personnelles, mes collègues de chantier m'ont tous témoigné leur soutien. C'est d'ailleurs aussi le cas pour quelques chefs hiérarchiques qui m'ont aussi témoigné leur incompréhension et regret pour ce qu'il m'arrivait.

Comment vois-tu ton avenir ?

Francis : Maintenant, mon premier objectif est de me défendre en justice et je vais me donner tous les moyens pour démontrer que la direction de notre société a tort de prendre la délégation et son personnel pour des bourriques. Mon procès durera probablement 2 à 3 années avant de pouvoir être réintégré, enfin si tel est possible après une période aussi longue, car je perdrai mon mandat de délégué. Je pense que je profiterai du temps d'attente qui m'est imposé pour continuer à me former et pour éviter que je ne m'habitue à ne rien faire.

Quelles sont les conséquences de ta mise à pied ?

Francis : Je ne peux plus travailler et je ne peux plus exercer mon mandat de délégué. L'année prochaine auront lieu les élections sociales et mon cas ne sera certainement pas encore décidé, ce qui implique que je n'aurai plus le droit d'être candidat et que je vais perdre mon mandat. Même si je suis réintégré à la fin du procès, je ne serai plus délégué. Mon employeur aura même en perdant le procès, déjà obtenu son objectif principal : que je ne sois plus délégué.

1. En premier lieu la justice devra statuer sur le maintien de mon salaire pour la durée du procès. Si tel n'est pas le cas, ma situation sera très précaire et je devrai revoir mes plans.
2. Je ne peux pas être demandeur d'emploi tant que la justice n'a pas statué sur mon dossier.
3. Même si la justice décide que mon salaire est maintenu pour la durée de mon procès, j'aurais quand même une perte de revenu, car le calcul sera effectué sur la base de 8 heures par jour de travail, non pas sur la moyenne annuelle comme tel est le

cas pour le calcul lors d'un licenciement.

4. Je ne peux plus faire de projets qui impliquent des sommes importantes, car au cas où je perdrais le procès, je devrais probablement rembourser tout mon salaire à mon employeur. Ce salaire, j'en ai pourtant besoin pour survivre pendant que j'attends le jugement. Si je prends des cas précédant au mien, je compte avec au moins 3 ans.

Comment vois-tu l'avenir de la délégation sans ta participation ?

Francis : La direction de la société doit se sentir assez fort actuellement, car elle pense n'avoir pas seulement écarté le meneur de la délégation, mais elle compte aussi avec le fait que les autres délégués aient maintenant peur de réagir. La délégation aura d'autant plus de mal pour obtenir de meilleures conditions de travail et de salaires. Mais, je suis d'avis que la direction de DSD se trompe en pensant que sans moi la délégation va se taire et qu'elle a réussi à se débarrasser du meneur de jeu. Après moi viendra un autre, et ainsi de suite ! Les revendications resteront toujours les mêmes et un jour on aura gain de cause.

Mon cas peut être pris comme exemple pour opprimer les actes à venir de la délégation ou du personnel. Le mandat de délégué étant perçu par le personnel comme une sécurité face au licenciement, ma mise à pied peut être vécue par le personnel comme une menace issue du pouvoir de la direction. Voyant cependant la réaction que mes collègues de travail ont faite, je suis assez confiant sur leurs capacités de résistance face à l'opprimant.

Penses-tu à une possible réintégration dans la société D.S.D. I.C. ?

Francis : Bien sûr, je dois y croire, car c'est le cheval de bataille que je mène actuellement ! Aussi faut-il savoir que s'il y aura réintégration et avec l'accord de mes collègues délégués je n'attendrais pas plus de temps pour demander l'intervention des autorités compétentes et pour insister que celles-ci apportent des solutions rapides et cohérentes. Aussi suis-je d'avis

qu'on a déjà été assez patient avec la direction dans les négociations de la convention et qu'il faudrait donner le dossier à l'Office National de Conciliation et commencer déjà à préparer les collègues à une grève.

Si tu devais remonter le temps pour revenir en janvier 2001, quel serait ton projet pour tes collègues de travail ?

Francis : Avec l'accord de mes collègues, nous nous servirions de toutes les armes juridiques pour obliger la société à améliorer les conditions de travail "hygiène et sécurité", les inégalités de salaires, le respect de la vie de famille. Nous avons, depuis 1998, donné trop de notre temps et patience à la société, pour résoudre des situations qui n'ont jamais abouti.

As-tu un conseil à donner à tes collègues de la délégation ?

Francis : Battez-vous ! Les ouvriers et les employés ont besoin de vous pour défendre leurs conditions de travail "hygiène, sécurité, salaire, respect de la vie privée, etc.". Ils ne peuvent pas renvoyer tous ceux qui se défendent, on est trop nombreux à vouloir la même chose : justice et un traitement digne et humain !

TICE-Belegschaft bestätigt OGB♦L-Mehrheit

Gelegentlich der Beamtenausschusswahlen im Gemeindefektor vom 25. April 2002 wurde die OGB♦L-Mannschaft beim TICE bestätigt und für ihre gute Arbeit in den vergangenen 5 Jahren belohnt. Trotz massiven, ungerechtfertigten und unfairen Attacks von Seiten der FNCTTFEL und dem Antreten einer dritten Liste unter der Etikette der FGFC, welche vor einigen Jahren noch Kampagne gegen das Einheitsstatut beim TICE machte, konnte der OGB♦L mit 48,7% der Stimmen seine absolute Mehrheit deutlich bestätigen.

Die gute Arbeit im Interesse des Personals von Seiten des OGB♦L wurde somit deutlich von der Belegschaft unterstrichen. Gewählt wurden Nico Willièr, Ev. Wohlfarth und Marco Graser, währenddessen Nico Jost, Ed. Reinard und Félix Stringini als Ersatzdelegierte fungieren.

Unsere Ausschussmitglieder, sowie der OGB♦L werden sich auch weiterhin für die Interessen des Personals und einen starken, qualitativen und bürgernahen öffentlichen Transport einsetzen, indem Privatisierungs- und Auslagerungsversuche nicht an der Tagesordnung stehen werden.

Nebst dem TICE gelang es dem OGB♦L ebenfalls einen Delegiertenposten in der Stadt Echternach zu erringen, dies in der Person von Jean Muller, währenddessen unser Kandidat Luc Mousel sich in der Gemeinde Strassen gegen die zwei Gegenkandidaten der korporatistischen Organisation FGFC geschlagen geben musste.

Syndikat Öffentliche Dienste

Personaldelegationswahlen im Centre Hospitalier Neuro-Psychiatrique Ettelbrück (CHNP)

Absolute Mehrheit für den OGB♦L

Bei den ersten Delegationswahlen der Privatbeamten und Arbeiter im CHNP hat die Liste des OGB♦L mit 60.9% der abgegebenen Stimmen ein hervorragendes Resultat erreicht und mit 4 gewählten Personaldelegierten die absolute Mehrheit der Mandate erzielt.

Der LCGB errang mit 24.3% der Stimmen ein Mandat, während auf die aus COEP,

UEP und Aleba zusammengewürfelte Liste knapp mit lediglich 14.8% der Stimmen ebenfalls ein Mandat erfiel.

Diese Wahl bestätigt erneut, dass der OGB♦L als federführende Gewerkschaft im luxemburgischen Gesundheitswesen das Vertrauen und die aktive Unterstützung der Mehrheit der Privatbeamten und Arbeiter genießt. Der OGB♦L wird mit der nötigen Verantwortung der gewählten Personaldelegation des CHNP zur Seite stehen und den Wahlauftrag der rund 200 Personalmitglieder respektieren.

Syndikat Gesundheit und Sozialwesen

Plan social chez « Nonnenmüll » S.A. Echternach

Après de longues et intensives négociations, les syndicats OGB♦L et LCGB ont réussi à négocier un plan social chez la Nonnenmüll S.A.

Nonnenmüll – qui a son siège social à l'entrée d'Echternach – produit et distribue des farines spéciales pour une clientèle située en Europe du Nord.

Nonnenmüll appartient à la firme SCARM S.A., une multinationale travaillant partout en Europe. Les actionnaires de la Nonnenmüll constatent des difficultés permanentes auxquelles sont confrontées ses filiales de meunerie (entre autres une très importante perte au Luxembourg) et les mauvaises perspectives de ce secteur avec des surcapacités très importantes et décident de se désengager de la meunerie.

SCARM était pendant toute une année à la recherche des acquéreurs pour sa filiale luxembourgeoise Nonnenmüll.

Malgré tous les efforts entrepris, il a été impossible de trouver un investisseur, compte tenu des investissements à réaliser d'urgence sur le site de production.

Concernés par cette situation désastreuse sont 19 ouvriers et employés qui sont partiellement dans l'entreprise depuis plus que 20 ans.

Pendant les négociations du plan social il y avait toujours la menace du dépot de bilan.

Pour tout le personnel nous avons pu négocier une indemnité de départ :

- ♦ d'un salaire mensuel pour les salariés qui ont une

ancienneté supérieure ou égale à 5 ans

- ♦ de 2 salaires mensuels pour les salariés qui ont une ancienneté supérieure ou égale à 10 ans
- ♦ de 3 salaires mensuels pour les salariés qui ont une ancienneté supérieure ou égale à 15 ans.

Supplémentaire

- ♦ une indemnité de départ de 2 salaires mensuels pour tous les salariés
- ♦ une indemnité de départ supplémentaire de 1 salaire mensuel pour tous les salariés qui travaillent jusqu'à la fin du préavis.
- ♦ un 13e mois qui sera payé en prorata à chaque salarié, calculé jusqu'à la fin du préavis.

Chaque salarié qui trouve un nouveau emploi sera libéré pour le 15 resp. 30 du mois. L'employeur versera en cas d'un départ volontaire 50% du préavis restant. Un tas de démarches administratives accompagnent les salariés dans cette situation critique.

Syndicat Alimentation et Hôtellerie

Dupont DeNemours Besorgniserregende Neuigkeiten

Nach der Firma TDK in Bascharage kündigt nun die Firma DUPONT mit Sitz in Contern einen größeren Arbeitsplatzabbau an. Genau wie bei der TDK heißt es, dass erst einmal nur Arbeitsplätze außerhalb der europäischen Union visiert sind.

Was man auf solche Versicherungen geben kann hat der Fall TDK gezeigt. Nur kurze Zeit nach deren Beteuerungen wurde ein Werk in Deutschland geschlossen und werden zusätzlich massiv Arbeitsplätze in Luxemburg abgebaut.

Man darf gespannt sein, wie es bei DUPONT weitergehen wird. Der OGB♦L wird sich auf jeden Fall

an die lokale Direktion wenden und Garantien für den Standort Luxemburg verlangen.

Syndikat Chemie

Delokalisierung und Vertragsbruch bei TDK

Am 25. April 2002 hat die Direktion des Unternehmens TDK der Presse mitgeteilt, dass sie beabsichtigt die Abteilungen Vertrieb und Marketing nach Deutschland zu verlegen. Betroffen hiervon sind 50 Mitarbeiter. Die betroffenen Mitarbeiter und die Gewerkschaften wurden am selben Tag informiert. OGB♦L und LCGB haben sich sofort während dieser Informationssitzung entschieden gegen diese Delokalisierung ausgesprochen, da sie wenig Sinn macht.

In der Tat ist es mehr als fraglich, ob es in Düsseldorf eher möglich sein wird "neue Markttendenzen aufzudecken und neue Geschäftsfelder zu erschließen", wie es so schön in der Pressemitteilung zu lesen ist. Es gibt objektiv gesehen keinen einzigen wirtschaftlichen Grund, 50, zum aller größten Teil, belgische und französische Mitarbeiter, nach Deutschland zu versetzen.

Für den OGB♦L und den LCGB ist es klar, daß die TDK sich schrittweise aus Luxemburg zurückziehen wird und beide Gewerkschaften sind nicht gewillt dem tatenlos zuzusehen. OGB♦L und LCGB werden sich sowohl an den Arbeits- als auch an den Wirtschaftsminister wenden, um herauszufinden, welche Möglichkeiten die Politik sieht, um den schrittweisen Abzug eines Betriebes dieser Größenordnung zu verhindern.

Außerdem hat sich der Betrieb dazu entschlossen, die Bestimmungen des Kollektivvertrages nicht mehr zu

beachten und ausgehandelte Lohnerhöhungen, für den Monat April, auszusetzen. Die Vertragsgewerkschaften haben das nationale Schlichtungsamt mit dieser Angelegenheit befaßt.

Syndikat Chemie

TDK Luxemburg in Gefahr

Am 14. Mai fand eine Unterredung in Sachen TDK zwischen den Vertragsgewerkschaften, der Personaldelegation und dem Arbeits- und Beschäftigungsminister François Biltgen und dem Wirtschaftsminister Henry Grethen statt.

Was war passiert?

Man erinnert sich. Bereits vor Monaten machte TDK Schlagzeilen als der Konzern beschloss weltweit etwa ein Viertel seines Personals abzubauen. Damals verlangte der OGB♦L umgehend eine Unterredung mit der luxemburgischen Direktion. Während dieses Gesprächs versicherte man uns, dass die europäischen Standorte von den geplanten Restrukturierungsmaßnahmen nicht betroffen seien.

Leider hielt dieses Versprechen nicht lange und schon bald kündigte man die Schließung des Werkes in Rammelsbach (Rheinland Pfalz) an. Damit bleibt TDK nur noch ein einziger Produktionsstandort in Europa.

Der nächste Schock kam mit der Ankündigung, die Verkaufs- und Marketingabteilung nach Deutschland zu verlegen. Betroffen sind hiervon etwa 50 Mitarbeiter. Außerdem verlangte die lokale Direktion die Aussetzung des Kollektivvertrages. Diese Forderung wurde allerdings schnell zurückgezogen aufgrund des massiven Drucks des OGB♦L.

Der OGB♦L sieht die Zukunft des Standortes als extrem gefährdet an und beschloss die Öffentlichkeit zu informieren.

Was hat nun die Unterredung, die im Wirtschaftsministerium stattfand, gebracht?

Beide Minister versicherten die Entwicklung zu verfolgen, wobei der Minister für Arbeit und Beschäftigung erklärte, dass die Bestimmungen des Gesetzes betreffend eventuelle Massenentlassungen, in Zusammenhang mit der Delo-

kalisierung, unbedingt respektiert werden müssten.

Der Wirtschaftsminister zeigte sich bereit, sich voll und ganz für den Verbleib von TDK in Luxemburg, einzusetzen.

Gleichzeitig vermittelte er aber den Eindruck, dass die Möglichkeiten der Politik doch arg begrenzt sind, angesichts einer globalisierten Wirtschaft.

Der OGB♦L kann sich mit dieser Situation nicht abfinden und ist nach wie vor der Meinung, dass das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft wieder hergestellt werden muss.

Dabei kann und muss auch Luxemburg seinen Beitrag leisten.

Sonst könnte man sich am Ende fragen, ob es vielleicht beliebig ist, welcher Politiker gerade auf einem Ministersessel Platz genommen hat.

Der OGB♦L wird sich auf jeden Fall weiter für die Belegschaft von TDK einsetzen, unabhängig davon ob die Wirtschaft globalisiert ist oder nicht

Syndikat Chemie

ACCUMALUX à Kockelscheuer Renouvellement de la convention collective des ouvriers

En date du 6 mai, l'OGB♦L, seul syndicat contractant dans l'entreprise, a signé une nouvelle convention collective de travail pour le personnel ouvrier de l'entreprise ACCUMALUX. Les négociations difficiles ont permis d'aboutir, avec le soutien du personnel, à un nouvel accord dont les points principaux sont les suivants :

1. Augmentation des salaires effectifs de la façon suivante :

- + 0,1487 Euro à partir du 1er mars 2002
- + 0,1239 Euro à partir du 1er mars 2003
- + 0,1239 Euro à partir du 1er mars 2004.

2. Congé d'ancienneté : Annuellement et en fonction des critères ci-dessous chaque travailleur a droit à

- ♦ 1 jour de congé supplémentaire après 15 années de service
- ♦ 2 jours de congé supplémentaires après 20 années de service
- ♦ 3 jours de congé supplémentaires après 25 années de service.

3. Maintien d'un système de gratification annuelle interne à l'entreprise et appliqué à tout le personnel sous contrat de travail avec l'entreprise. Cette gra-

tification est calculée en fonction de l'ancienneté dans l'entreprise et est échelonnée de la façon suivante :

Ancienneté de service	% âge salaire mensuel moyen
jusqu'à une année	10 %
plus d'une année	40 %
plus de 3 années	45 %
plus de 6 années	70 %
plus de 8 années	75 %
plus de 10 années	90 %
plus de 11 années	100 %

Sont déduites de cette gratification les absences sans excuse (à raison de 50 Euro par jour d'absence) ainsi que les absences avec excuse à raison de 1/200ième par jour d'absence.

- Maintien d'une « prime de productivité et de capacité » à l'ensemble des CDD et des CDI.
- Le personnel ouvrier de l'atelier mécanique bénéficiera d'un bon de 35 Euro par an pour l'achat de souliers de sécurité.
- Adaptation de la grille salariale et engagement de la société à respecter lors de l'engagement le salaire minimum légal au Grand-Duché augmenté de minimum 2 % pour les agents de fabrication et de minimum 5 % pour les ouvriers spécialisés.
- La convention est d'une durée de trois ans et court du 1er mars 2002 au 1er février 2005.

Syndicat Chimie

EUROMOTOR / ALCOPA Entlassungen abgewendet: Personal stimmt Kompromissvorschlag zu

Im Konflikt mit EURO-MOTOR betreffend die Restrukturierung des Betriebs hat sich der OGB♦L mit der Betriebsleitung darauf geeinigt, die Prozedur der Kollektiventlassungen und des Sozialplans zu stoppen und hatte, unter der Voraussetzung der Annahme durch das Personal, einem Kompromiss zugestimmt, der es ermöglichen soll, mittels einer internen Reorganisation den Betrieb ohne Arbeitsplatzabbau bis zum 31.12.2002 wieder in den Bereich der Rentabilität zu bringen. In der anschließenden Belegschaftsversammlung hat sich das Personal einstimmig für die Annahme des Kompromissvorschlags ausgesprochen.

Durch den Abschluss dieses Abkommens, das ohne die Solidarität und die entschlossene Kampfbereitschaft der gesamten Belegschaft nicht zustande gekommen wäre, ist es dem OGB♦L gelungen, dem Sozialplan und der drohenden Entlassung von 60 Arbeitnehmern sowie einem insgesamt 50prozentigen Arbeitsplatzabbau bei EURO-MOTOR entgegen zu wirken und diese drastischen Maßnahmen zu verhindern.

Darüber hinaus konnten wir nicht nur das Abkommen von Mai 2001 in seiner Gesamtheit erhalten, sondern die darin bestehende Arbeitsplatzgarantie in dem Sinne noch weiter ausbauen, dass einem schleichenden Arbeitsplatzabbau ein wirksamer Riegel vorgeschoben wird durch die neu zu schaffende paritätische Kommission. Auch wenn die Arbeitsplatzgarantie nicht mehr in einer festen Anzahl von Arbeitsplätzen ausgedrückt wird, haben wir mit der paritätischen Kommission ein reales Instrument der Mitbestimmung, das es jetzt gilt sinnvoll und im Interesse der Arbeitnehmer und des Erhalts der Arbeitsplätze einzusetzen.

Im Einzelnen sieht das vom OGB♦L in schwierigen und langwierigen Verhandlungen durchgesetzte Abkommen nachfolgende Maßnahmen vor:

- Der von ALCOPA/EURO-MOTOR Ende März vorgelegte Restrukturierungsplan wird bis zum 31.12.2002 eingefroren. Gelingt es bis dahin ohne Arbeitsplatzabbau den Betrieb aus den negativen Resultaten wieder in den Bereich der Rentabilität zu bringen, dann werden die ursprünglichen Restrukturierungspläne samt Kollektiventlassungen und Outsourcing endgültig vom Tisch sein.
- Die Versetzungen der Mitarbeiter aus der Karosseriewerkstatt werden ausgesetzt bis die neue Werkstatt am Standort Bartringen fertiggestellt ist und die Frage der diesbezüglichen betrieblichen Struktur geklärt ist. Diejenigen Mitarbeiter, die vor einigen Tagen einen neuen Vertrag mit SCANCAR unterschrieben hatten, können diesen wieder rückgängig machen und werden dann wieder in die Belegschaft von EURO-MOTOR eingegliedert.

- Das bestehende, den sektoriellen Garagenkollektivverträgen untergeordnete, Betriebsabkommen vom Mai 2001 bleibt integral und wie vorgesehen bis zum 31. Mai 2004 in Kraft. Per Nachtrag werden die sich aus dem jetzigen Kompromiss ergebenden Änderungen daran vorgenommen. Diese Änderungen bleiben während der Dauer des heutigen Abkommens, d. h. bis zum 31. Dezember 2002 in Kraft. Nach gemeinsamer Analyse der bis dahin erzielten Resultate, wird erst im Januar 2003 über deren definitive Beibehaltung entschieden werden.
- Die Betriebsleitung engagiert sich, während der Laufzeit des Anhangs (also bis zum 31.12.2002) auf nicht personenbezogene Entlassungen zu verzichten und alles zu unternehmen, um den aktuellen Beschäftigungsstand zu erhalten. Sollten in dieser Periode eine oder mehrere Entlassung(en) aus anderen wie personenbezogenen Gründen unumgänglich sein, geschieht dies entsprechend den Bestimmungen über die Arbeitsplatzabsicherung des Abkommens von Mai 2001, d. h., die Sozialpartner werden vor einer geplanten Entlassung, gemeinsam über die Lage beraten und alle Möglichkeiten ausschöpfen, diese zu vermeiden. Arbeitsplätze, die durch normale Abgänge oder personenbezogene Entlassungen frei werden und nicht mehr besetzt werden sollen, werden einer paritätischen Kommission bestehend aus Vertretern des OGB♦L, der betroffenen Personalvertretung sowie der Betriebsleitung unterbreitet, welche darüber befindet und entscheidet. Ist eine Einigung in der paritätischen Kommission unmöglich, dann versucht der Generaldirektor zu schlichten und, sollte auch hier keine Einigung herbeigeführt werden

können, trifft er die Entscheidung in letzter Instanz.

- ♦ **Arbeitszeitorganisation:** Die Arbeit wird in zwei Schichten zu je 7 Stunden, an 5 Wochentagen, von Montag bis Freitag organisiert; Basis bleibt die 36-Stundenwoche. Die Schichtzeiten erstrecken sich von 7.00 bis 14.00 Uhr respektive von 14.00 bis 21.00 Uhr. Da mit dieser Schichtenteilung nur 25 Stunden pro Woche erreicht werden, ist Samstagsarbeit als normale Arbeitszeit möglich, und zwar so, dass jeder Arbeitnehmer pro Monat an einem Samstag 4 Stunden arbeiten muss, um die 36-Stundenwoche über eine Referenzperiode von 4 Wochen zu erreichen. Die bezahlte Pause pro Schicht wird von 10 Minuten auf 15 Minuten erhöht. Für Samstagsarbeit gilt ein Zuschlag von 20% auf den Basisstundenlohn.
- ♦ **Abschlussprämie:** Wird bis zum Jahresende das Ziel der Rentabilisierung des Betriebs, insbesondere der Reparaturwerkstatt, erreicht, so wird eine Abschlussprämie gezahlt werden. Für diese Abschlussprämie stellt die Betriebsleitung ca. 1% der Lohnmasse zur Verfügung, wobei der Verteilerschlüssel zur Festlegung der individuellen Prämien noch von der Betriebsleitung mit den Personalvertretern festgesetzt werden muss.

Syndikat Metallverarbeitende,
Industrie und Garagen

Convention collective de travail dans le secteur de la sécurité privée signée ... enfin.

L'OGB♦L a mis fin aux négociations lamentables du LCGB

Depuis des mois, le
LCGB avait

tenté, par tous les moyens possibles, à traîner en longueur les négociations dans ce secteur, et a donc fait perdre au personnel du secteur les augmentations de salaires durant quelques mois.

C'est à l'initiative et sous la pression de l'OGB♦L que les négociations ont pu être menées au bout.

Après une réunion à l'ONC en date du 17 avril, le LCGB a encore bloqué les discussions. Par contre, l'OGB♦L, à cette occasion, a fait des propositions concrètes pour sortir du dilemme et s'est proposé de mener des négociations avec le patronat sans le LCGB afin d'avancer dans les débats.

L'OGB♦L n'a pas perdu de temps. Ces négociations ont eu lieu le 19 avril entre FEDIL, responsables des sociétés et OGB♦L.

Ces négociations ont été concluantes et les deux parties sont tombées d'accord sur un texte commun.

Ne sachant plus à quel saint se vouer, le LCGB a alors tenté de ne pas perdre face et a encore organisé une « Manifestation alibi » pour « décompresser » comme ils l'ont exprimé. Malheureusement ceux qui ont décompressé, c'étaient les quelque rares agents de sécurité et beaucoup de membres du comité directeur ainsi que les secrétaires syndicaux du LCGB.

Par contre, lors de la réunion du 22 avril à l'ONC une cinquantaine d'agents de sécurité membres et militants de l'OGB♦L ont exprimé devant le Ministère de Travail leur ras-le-le bol envers le LCGB et de sa politique syndicale inadmissible visant à retarder la signature de la convention.

C'est finalement sous la pression de l'ensemble du personnel du secteur que le LCGB a adopté la proposition de l'OGB♦L lors de cette réunion devant le conciliateur tout en acceptant de signer les textes élaborés entre patronat et OGB♦L.

Depuis la grève des transporteurs de fonds, l'OGB♦L a défendu et continuera à défendre avec détermination les intérêts des salariés de ce secteur. Face à cette politique syndicale responsable à

l'égard de l'ensemble des travailleurs du secteur du gardiennage, l'OGB♦L a identifié 3 sujets de négociation sur lesquels un accord devait se trouver.

C'est à l'initiative et la détermination de l'OGB♦L qu'une solution a pu être trouvée pour garantir un cadre et une classification de « transporteur de fonds ».

Un cadre bien précis a été créé définissant les conditions particulières aux agents de transport de fonds et aux agents de sécurité destinés à être affectés au transport de fonds. Il comporte entre autres :

- ♦ La définition du transporteur de fonds
- ♦ Les conditions et critères pour être transporteur de fonds
- ♦ La création d'une classification « transporteur de fonds »
- ♦ La formation
- ♦ La sécurité (mesures, équipements etc.)
- ♦ Les mesures spéciales en cas d'agression

En plus, et ceci face aux conditions de travail particulièrement dangereuses et l'exposition répétée aux risques, le patronat a fait une offre se chiffrant (en sus. des 8%) à une augmentation de 0,6 Euro par heure/prestée au transport de fonds.

L'OGB♦L visait depuis le début la continuation des discussions dans l'intérêt de l'ensemble du personnel du secteur.

Dans ce sens, les trois principaux sujets ont été négociés dans un rythme accéléré et soutenu durant les semaines passées et ont abouti à un résultat positif.

Une dernière réunion qui a eu lieu le 9 avril devant l'Office National de Conciliation a confirmé que la voie entamée par l'OGB♦L était la bonne.

L'OGB♦L a pris ses responsabilités et a défendu comme dans le passé les intérêts de tous les salariés du secteur, et ce en négociant et non en bloquant les discussions.

Syndicat Services et Energie



Bussektor

Kundgebung des OGB♦L-ACAL am 28. April in Mersch

Im Rahmen der Verhandlungen zur Erneuerung des Kollektivvertrages für die Busfahrer des Privatsektors, haben die Militanten des OGB♦L-ACAL den Patronatsvorschlag der FLEAA am 9. April verworfen. Der LCGB hingegen ist bereit, diesen Vorschlag zu unterzeichnen.

Verworfen wurde der Vorschlag wegen folgender Gründe:

- ♦ Die Schichtdauer (Amplitude) soll zwar von 12 auf 11 Stunden herabgesetzt werden, doch soll sie nun nicht mehr pro Tag berechnet werden, sondern im Rahmen einer monatlichen Referenzperiode.
- ♦ Im Durchschnitt soll die „Amplitude“ 11 Stunden, im Rahmen der Referenzperiode, nicht überschreiten.
- ♦ Bei 11 Schichtstunden soll lediglich ein Minimum von 7 Arbeitsstunden in der Lohnberechnung berücksichtigt werden.
- ♦ Übersteigt die „Amplitude“ 11 Stunden, so sollen die Fahrer mit lächerlichen 35 abgespeist werden. Eine

reelle Verkürzung der „Amplitude“ findet unter diesen Umständen nicht statt.

- ♦ Mit 0,8 Prozent ist die vorgeschlagene Lohnerhöhung inakzeptabel, umso mehr, als für Busfahrer im öffentlichen Dienst eine Lohnerhöhung von 1,6% ausgehandelt wurde.

Feigheit des LCGB

Am 28. April, 10.00 Uhr, organisierte der OGB♦L-ACAL eine Informationsversammlung im Festsaal der Schule Nik Welter in Mersch.

Der LCGB wurde über die Versammlung informiert und offiziell eingeladen, sich daran zu beteiligen. Aus Angst, den Busfahrern Rede und Antwort zu stehen, zog der christliche Gewerkschaftsbund es vor, sich nicht an dieser Versammlung zu beteiligen.

8 Tage nach Zell I am See vom 7. bis 14. September 2002

Die OGB♦L - ACAL Sektion Luxemburg lädt alle Mitglieder zu seinem diesjährigem Ausflug nach Zell am See in Österreich ein.

Die Abfahrt erfolgt am Samstag den 7.9.2002 in einem modernen Reisebus der Firma Demy-Cars

Übernachten werden wir in dem bekannten 4 Sterne Hotel „ALPENBLICK“ in dem alle Zimmer mit Bad oder Dusche, WC, Telefon, Haarfön, Kabel-TV und Radio ausgestattet sind.

Das Hotel verfügt über ein gemütliches Restaurant, eine nette Bar und eine schöne sonnige Terrasse, sowie ein Erlebnisbad mit kombiniertem Hallen-Freibad, Sauna, Dampfbad, Whirlwanne, Rundweg mit Aussichtsplatz und Spielplatz.

Jeden Morgen abwechslungsreiches Frühstücksbuffet, vier - gängiges Abendessen mit wechselndem Salatbuffet, sowie ein großer Buffet oder Fondue - Abend.

Im Fahrpreis enthalten sind Ausflüge mit dem Bus nach Salzburg, Kufstein, Kitzbühl und zu den Krimmeler Wasserfällen.

OGB♦L Mitglieder können an dieser Reise teilnehmen.

Preis im Doppelzimmer 399

Einzelzimmerzuschlag für 7 Nächte 42

50% Ermässigung für Kinder bis 12 Jahre,
die im Zimmer ihrer Eltern schlafen



INFO und ANMELDUNGEN:

Mett Waldbillig

17, am Hoirbock L-8552 Oberpallen

Tél: 23 62 12 68 GSM: 091-143 626

E-mail: mathiasw@village.uunet.lu

Busfahrer-Kollektivvertrag

Kollektive und Kollektive: Stärkt den OGB♦L-ACAL!

Die Entscheidung des christlichen Gewerkschaftsbundes, den Patronatsvorschlag der FLEAA zur Erneuerung des Kollektivvertrags für die Busfahrer mit allen Mitteln unterschreiben zu wollen, ist bekannt.

Dass der LCGB sich in keiner Weise an die zwischen den verhandelnden Gewerkschaften getroffenen Abmachungen hält, ist genauso bekannt. Im Alleingang hat der LCGB ein Referendum organisiert und behauptet nun, 68,4% der Fahrer hinter sich zu haben. Tatsächlich sind beim LCGB von den 150 verschickten Fragebögen jedoch nur ein Drittel zurückgekommen. Von den 50 Rückantworten waren knapp 30 Busfahrer mit dem vorliegenden Verhandlungsergebnis einverstanden, was dann, laut Interpretation des LCGB, 68% ausmacht. 30 Busfahrer von insgesamt 900!

Zweimal (am 9. April 2002 in Helmdange und am 28. April 2002 in Mersch) wurde der Patronatsvorschlag von den Mitgliedern des OGB♦L-ACAL verworfen. Und dies aus folgenden Gründen:

- ♦ Das Herabsetzen der „Amplitude“ auf 11 Stunden ist Augenwischerei. Nach wie vor ist es möglich, die Fahrer 12 Stunden und mehr pro Tag einzusetzen. Und dies für eine monatliche Prämie von lächerlichen 35 €.
- ♦ Die einmonatige Referenzperiode zur Berechnung der „Amplitude“ gibt den Arbeitgebern die Möglichkeit, mit den Stunden zu jonglieren.
- ♦ 11 Stunden Anwesenheit werden lediglich mit einem Minimum von 7 effektiven Arbeitsstunden in der Lohnberechnung berücksichtigt. Um auf eine 40-Stunden-Woche zu kommen, müssen die Busfahrer somit 6 bis 7 Tage arbeiten.
- ♦ Der Spesensatz ist mit 3 € pro Tag völlig unzureichend, dies umso mehr als der aktuelle Kollektivvertrag einen Spesensatz von 200 (4,95 €) vorsieht.

- ♦ Die Lohnerhöhung ist mit einer Erhöhung der Tabellenlöhne von 30 € das erste Vertragsjahr und mit jeweils 15 € das zweite und dritte Jahr unzureichend. Dies entspricht einer Erhöhung von rund 0,7% und ist weit entfernt von den 1,6% pro Jahr, die den Busfahrern im öffentlichen Dienst zukommt.

Alleingang des LCGB verhindern!

Der LCGB ist also bereit, diesen Patronatsvorschlag zu unterschreiben und den OGB♦L-ACAL, auf hinterhältigste Weise, aus dem Vertrag und den künftigen Verhandlungen zu entfernen. Sogar die Opposition aus den eigenen Reihen scheint ihn nicht einmal zu interessieren. Zahlreiche Busfahrer haben dem LCGB mittlerweile den Rücken gekehrt. Eine von 70 Busfahrern unterzeichnete Petition aus dem Betrieb Voyages Emile Weber wurde an die LCGB-Zentrale geschickt, um die christliche Gewerkschaft zur Raison zu bringen.

Würde es dem LCGB gelingen, den OGB♦L für die kommenden Vertragsverhandlungen zu entfernen, hätte er es in Zukunft viel einfacher und könnte seinen Schmusekurs mit den Arbeitgeberern ungehindert fortsetzen. Eine kritische Stimme wäre dann nicht mehr vorhanden.

Diese Freude möchte der OGB♦L dem christlichen Gewerkschaftsbund jedoch nicht bereiten!

Wichtig ist es, dass auch der OGB♦L – wenn auch unter Protest – notfalls diesen Kollektivvertrag unterzeichnet, aber gleichzeitig bereits heute damit beginnt, den neuen Kollektivvertrag und die Betriebsausschusswahlen vom November 2003 vorzubereiten. Nur wenn der OGB♦L in anderthalb Jahren als stärkste Gewerkschaft aus diesen Wahlen hervorgeht, kann etwas verändert werden.

Emile Stillen neuer Transportmann in der Arbeiterkammer

In Ersetzung des im November 2001 verstorbenen ACAL-Vorsitzenden Guy Ross rückte Kollege Emile Stillen als Vertreter des Transportsektors in die Arbeiterkammer nach.

Der 53-Jährige trat vor 20 Jahren in die ACAL ein und arbeitet seit 10 Jahren als Fernfahrer beim Logistikkonzern Adam Offergeld, wo er das Amt des Sicherheitsdelegierten ausübt.

Wohnhaft im belgischen Messancy, ist Emile Stillen Vorsitzender der ACAL-Sektion „Belgische Grenzgänger“ und Mitglied in der Syndikatsleitung des ACAL.

Emile Stillen : nouveau délégué du transport à la Chambre de travail

Emile Stillen est le nouveau délégué du secteur du transport à la Chambre de travail, en remplacement de Guy Ross, président de l'ACAL décédé en novembre 2001.

Âgé de 53 ans, Emile Stillen est membre de l'ACAL depuis 20 ans. Depuis 10 ans il travaille comme chauffeur-routier auprès du groupe logistique Adam Offergeld.

Emile Stillen, domicilié à Messancy (B), est le président de la section ACAL « frontaliers belges » et membre de la direction syndicale.

Convention collective chauffeurs-routiers

Salaires corrects pour les heures prestées !

696 chauffeurs de poids lourd organisés au sein de l'OGB♦L-ACAL ont participé, au début de l'année, à un sondage organisé au sujet de la convention collective pour les transports professionnels de marchandises par route.

La proposition patronale du « Groupement Transport » était refusée à 83,5 %. Cette proposition ne prévoit qu'une augmentation minimale des frais de route de 1,98 par jour de même que l'intégration de la prime spéciale de 12,39 par mois dans les salaires de base. Par ailleurs, les employeurs ont marqué leur accord pour préfinancer la majorité des dépenses liées à l'exécution du contrat de travail, à l'exception des frais de passe-port. La moitié des frais de passe-port serait à porter par les chauffeurs-mêmes, selon les employeurs. Toujours selon la proposition patronale, un jour de repos pris à l'étranger serait à indemniser par le double des frais de route, c'est-à-dire par une indemnité complémentaire de 23,05 .

Temps d'attente = temps de travail !

90 % des chauffeurs se sont exprimés en faveur du catalogue de revendications suivant :

- ♦ Frais de route : 27 par jour
- ♦ Augmentation linéaire des salaires de 2 % par an
- ♦ Intégration de la prime spéciale de 12,39 dans les salaires de base
- ♦ Paiement intégral des frais de passe-port par les employeurs
- ♦ Indemnisation adéquate des jours de repos pris à l'étranger, c.-à-d. 25 au cas où le jour de repos tomberait sur un jour

ouvrable, 62 au cas où il tomberait sur un dimanche et 85 au cas où il tomberait sur un jour férié

- ♦ 50% du temps d'attente auprès des clients, dans les ports, aux gares et aux aéroports est à considérer comme travail effectif

Une des conclusions délicates de ce sondage : Seulement 53% des chauffeurs de camions ont la possibilité d'entrer en contact avec la délégation du personnel. L'OGB♦L est donc renforcé dans son opinion qu'il faut prévoir des dispositions spéciales dans le secteur du transport routier afin que la législation sur les délégations du personnel puisse être appliquée.

Semaine de 70 heures: un problème de sécurité !

Selon les résultats du sondage, le temps de conduite hebdomadaire est, en moyenne, de 51 heures. Si l'on ajoute les heures d'attente qui, en moyenne, s'élèvent à 18 heures par semaine et par chauffeur, on arrive à une semaine de 69 heures de présence. Cela dépasse de 70% la semaine de 40 heures applicable dans la majorité des secteurs de l'économie !

Concernant le respect du repos hebdomadaire qui doit être pris obligatoirement selon la législation européenne, seulement 20% des chauffeurs indiquent qu'ils avaient un repos suffisant de 40 heures consécutives. Le prochain accident pour cause de la fatigue au volant est donc programmé.

Les négociations ont été reprises en date du 8 mai 2002. Avant tout autre progrès, les employeurs aiment faire une étude concernant l'impact pour les entreprises du cahier de revendication des syndicats. La prochaine réunion est fixée au 20 juin 2002.

Affaire Kralowetz

OGB♦L-ACAL schickt Rundschreiben an die Fahrer

In einem Rundschreiben an die 170 im Januar in Luxemburg gestrandeten ehemaligen Kralowetz-Fahrer, informiert der OGB♦L-ACAL die Lkw-Fahrer über die Entwicklung in dieser Angelegenheit.

Dem Schreiben liegt ein weiteres Schreiben des mit der Verteidigung der Rechte der Fahrer beauftragten Anwalts bei. In einem Fragebogen sollen die Kraftfahrer Aufschluss über ihre Entlohnung und über die geschuldeten Löhne geben. Außerdem liegt dem Rundschreiben eine Forderungserklärung bei (déclaration de créance), die von den Fahrern unterschrieben an die Gewerk-

schaft zurückgeschickt werden soll. Alle verschickten Dokumente wurden ins Slowakische und Russische übersetzt.

Die Mehrzahl der Kralowetz-Fahrer hatte seit drei Monaten keinen Lohn mehr erhalten. Die Konkursverwalterin ist nun bereit, jeden Fall einzeln zu prüfen und den Forderungen der Kraftfahrer im Rahmen des Konkursverfahrens Rechnung zu tragen. Dank der Unterstützung des OGB♦L gelangen die Kralowetz-Fahrer nun doch in wenigen Wochen in den Genuss ihres Lohns, der nun gemäss den Bestimmungen des Kollektivvertrags für den gewerblichen Straßentransport berechnet wird.

Arling Transport Luxembourg

Alle 6 Mandate für den OGB♦L-ACAL

Bei den Ausschusswahlen vom 8. Mai 2002 im Transportunternehmen Arling Transport Luxembourg s.à r.l., mit Sitz in der Kehleiner Industriezone, konnte der OGB♦L-ACAL alle sechs Mandate für sich verbuchen.

Neben den Kandidaten des OGB♦L-ACAL gingen zwei so genannte „neutrale“ Kandidaten ins Rennen, die jedoch nicht gewählt wurden. Arling Transport Luxembourg, dessen Mutterhaus sich in Dänemark befindet, beschäftigt in Luxemburg 61 Kraftfahrer und hat eine Flotte von 47 Lkws.

Für den OGB♦L-ACAL gewählt sind: Frank ZIESIG aus Hennstedt (Vorsitzender), Stefan BANSSEN aus Brodersby (Sekretär) und Gerd GÜNTHER aus Bad Bramstedt (Gleichstellungsdelegierter). Stellvertretende Betriebsräte sind: Olaf BAK aus Kiel, Michael DAHLKE aus Oster-Ohrstedt und Michael KRANZ aus Jübek, der auch das Amt des Sicherheitsdelegierten übernimmt.

Minister Grethen zeigt Verständnis für Belange des OGB♦L

Eine Delegation des OGB♦L kam mit Transportminister Henri Grethen zusammen, um über diverse Probleme zu diskutieren, die sich im Bereich der beiden nationalen Fluggesellschaften Luxair und Cargolux stellen.

Die Delegation des OGB♦L wurde angeführt von Präsident John Castegnaro und bestand außerdem aus Zentralsekretär Hubert Hollerich, den Cargolux-Delegierten Karin Müssen, Romain Daubenfeld und Tom Nemeth, sowie den Luxair-Delegierten Antonio Dos Santos, José Figueiredo, Annette Schuler und Jeff Weier.

Der OGB♦L drückte einmal mehr seine Genugtuung aus, dass Heinzmann dennoch beschlossen habe, bei der Luxair zu bleiben. Diese Entscheidung sei wichtig im Sinne der Kontinuität der Luxair-Aktivität und der bevorstehenden Herausforderungen.

Cargolux seit einem Jahr ohne Generaldirektor

Gleichzeitig bedauerte der OGB♦L das seit über einem Jahr andauernde Provisorium bei Cargolux, wo seit dem Abgang von Heiner Wilkens immer noch kein neuer Generaldirektor im Amt sei. Auch Transportminister Henri Grethen zeigte sich nicht erfreut über diese Tatsache, strich aber hervor, dass er nur einen indirekten Einfluss auf die Geschehnisse bei Cargolux habe, da der Staat – im Gegensatz zur Luxair - nicht Aktionär bei Cargolux sei. Er werde aber auf eine rasche Klärung dieser Angelegenheit drängen. Betreffend die freigewordenen 33,7% der Swissair-Aktien, so werde sich der Transportminister dafür einsetzen, dass die Cargolux eine Firma mit mehrheitlich luxemburgischem Kapital bleibe. Bevor ein oder mehrere neue Aktionäre die Swissair-Aktien übernehmen, wolle die luxemburgische Regierung im Vorfeld konzertiert werden. In diesem Zusammenhang zeigte sich Henri Grethen nicht erfreut über die gegenwärtigen sozialen Spannungen bei Cargolux. Als Fluggesellschaft, die ausschließlich Nutznießer der souveränen Rechte Luxemburgs sei, habe Cargolux auch eine besondere Fürsorgepflicht gegenüber seinem Personal, so Grethen.

Betreffend den seit Anfang 2002 geplanten Personalabbau bei Cargolux von 7 Prozent hat der OGB♦L seine Ablehnung beim Transportminister zum Ausdruck gebracht. Der Transportminister ist der Meinung, Cargolux solle seine Entscheidung überdenken, da diese im Schatten der Ereignisse des 11. Septembers 2001 getroffen wurde. Cargolux schreibe, entgegen den Befürchtungen, schwarze Zahlen, so dass der Personalabbau überflüssig sei.

Keine Fusion von Cargolux und Luxair

Angesprochen wurden auch die kursierenden Gerüchte um eine mögliche Fusion von Cargolux und Luxair. Der Minister meinte, es bestünde kein Interesse, beide Fluggesellschaften zu verschmelzen, dies umso mehr, als das Tätig-

keitsgebiet verschieden sei. Er könne sich jedoch vorstellen, dass bei der informatischen Erfassung des Frachtguts künftig eine engere Zusammenarbeit beider Firmen stattfindet. Erleichtern könne man zudem den freiwilligen Wechsel von Piloten, von einer Firma zur anderen.

Die zukünftige Aktivität der Luxair

Minister Grethen bestätigte, dass die Kommodo-Inkommodo-Prozedur für den Bau der neuen Aéro-gare und des gesamten Flughafenkomplexes auf dem Instanzenweg sei. Fest stehe in diesem Zusammenhang, dass Luxair, gemäss der europäischen Gesetzgebung, eine Reihe seiner Privilegien aufgeben müsse. So werde mit dem Bau der neuen Aéro-gare auch ein zweiter Handling-Agent für die Passagiere zugelassen. Dies könne auch für andere Dienstleistungen gelten, wobei der Minister und der OGB♦L sich darin einig waren, dass dies nicht auf Kosten der Luxair-Beschäftigten gehen darf.

Der Minister und der OGB♦L waren sich darin einig, dass die wirtschaftliche und soziale Bedeutung des Flughafens von kapitaler Wichtigkeit sind, und dass unter diesem Blickwinkel eine emotionslose Diskussion über den Ausbau und die Modernisierung des Flughafens notwendig ist. Schlussendlich stehen einige Tausend Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Katastrophale Arbeitsbedingungen im Cargo-Center

Die OGB♦L-Delegation berichtete auch über die zum Teil katastrophalen Arbeitsbedingungen im neuen Cargo-Center und forderte die Reaktivierung der vor 4 Jahren eingestellten internen Arbeitsgruppe, die die festgestellten Mängel erfassen und Lösungsvorschläge ausarbeiten sollte. Der Minister bestätigte, er werde diesbezüglich den zuständigen Regierungskommissar über die Probleme informieren.

In Bezug auf den Bau eines Hangars zur Wartung der Cargolux-Flugzeuge, unterstrich der Minister, der Ball liege nun bei Cargolux. Nachdem die Pläne vor einem Jahr verworfen und Cargolux ein neuer Standort für den Bau des Hangars mitgeteilt wurde, sei es nun an Cargolux, neue Pläne einzureichen.

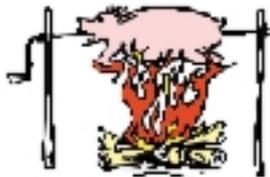
Sicherheit

Bestürzt zeigte sich der OGB♦L über die Tatsache, dass Bus- und Lkw-Fahrer bei der Luxair, die auf dem Flughafen-gelände tätig sind, nicht im Besitz entsprechender Führerscheine sein müssen, sondern ein B-Führerschein ausreicht, um Fahrzeuge zu bedienen. Der Minister wolle die rechtliche Lage überprüfen, sprach sich aber dafür aus, dass die Fahrer im Besitz eines Bus- respektive Lkw-Führerscheins sein müssen. Fehlende Qualifikation stellt ein Sicherheitsrisiko für die Passagiere, das Material und die Betroffenen dar.

Sommerfest der Regionale Norden Fête d'été de la régionale Nord



Les sections appartenant à la régionale Nord invitent tous leurs membres ainsi que leurs familles à la fête d'été,



le dimanche 16 juin 2002
à Ferschweiler au centre culturel
Josef Hoor

Déroulement de la journée:

- 10h45 ouverture de la fête
- 11h00 départ randonnée pédestre (+/- 4 km, 1 heure)
- 11h30 grillade
- 14h00 « Jeux sans Frontières » pour enfants et adultes. Des groupes de 4 à 5 enfants jusqu'à l'âge de 14 ans seront formés pour y remporter un des 3 prix. Les mêmes groupes seront formés avec les adultes. Un château gonflable sera à la disposition des enfants et pour les adultes il y aura un jeu de quilles sur terre battue.
- 17h00 Remise des prix
- Un château gonflable sera à la disposition des enfants



La section des frontaliers allemands vous invite à cette fête et vous garantit une bonne ambiance (grillades et boissons.)
En espérant pouvoir vous accueillir nombreux, nous vous souhaitons déjà maintenant une agréable journée.

Prix de participation par personne tout compris, 3,- euros à l'exception des boissons.

Les inscriptions doivent être faites jusqu'au **10 juin 2002** au plus tard avec le talon de réponse ci-dessous, ou auprès d'un des membres du comité de ta section locale, ou d'un membre OGB•L de la délégation du personnel de l'entreprise. Un bus sera organisé. Ci-après tu trouveras l'horaire du bus.

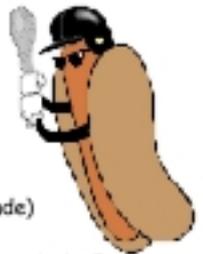


Die dem Regionalverband Norden angegliederten Sektionen laden hiermit alle ihre Mitglieder mit Familie zum diesjährigen Sommerfest ein,

am Sonntag, den 16. Juni 2002
in der Josef Hoor Halle in Ferschweiler

Tagesablauf:

- 10,45 Uhr Festeröffnung mit Faßanstech
- 11,00 Uhr Start zur Wanderung (+/- 4 km, 1 Stunde)
- 11,30 Uhr Spezialitäten vom Grill mit Beilagen
- 14,00 Uhr Start zum Spiel ohne Grenzen für Jung und Alt. Es werden Gruppen von 4 bis 5 Kindern bis zu 14 Jahren gebildet, die dann um die drei ersten Geldpreise spielen werden. Die gleiche Gruppeneinteilung gilt auch für Erwachsene. Für die Kinder ist eine Springburg aufgestellt. An diesem Tag werden nur Spiele mit viel Spaß und Gaudi zum Vergnügen der Gäste veranstaltet. Die alte Lehmkegelbahn wird wieder aufgebaut und wir wollen auf dieser Bahn den besten Spieler(in) ermitteln.
- 17,00 Uhr Siegerehrung und Bekanntgabe der Gewinner
- Für die Kinder ist eine Springburg aufgestellt.



Für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt und es lädt ein, die Sektion der Deutschen Grenzgänger. Wir hoffen, dass dieses Angebot ihnen zusagt und wir sie zahlreich begrüßen können.

Teilnehmerpreis alles inbegriffen mit Ausnahme der Getränke, 3,- Euro. Anmeldungen werden bis spätestens dem **10. Juni 2002** mit dem unten abzutrennenden Anmeldeschein, oder von einem der Vorstandsmitglieder der jeweiligen Sektion oder in den Betrieben von OGB•L Ausschußmitgliedern angenommen. Ein Bus wird interessierte Teilnehmer abholen. Untenstehend die Abfahrtszeiten des Busses. Auch die Grenzgängersektion wird einen Busdienst organisieren. Bitte melden Sie sich bei der Sektion, die ihnen die genauen Abfahrtszeiten und -Orte mitteilen wird.



Clervaux Gare	9h10	Wiltz Lann	9h15	Grosbus Eglise	9h15
Hosingen Café des sports	9h25	Wiltz Clinique	9h20	Bettborn arrêt Disco	9h25
Vianden Gare	9h50	Ésch Sauer Tunnel	9h30	Bissen Feu Rouge	9h35
Diekirch Gare	10h00	Feulen Pizzeria	9h45	Colmar-Berg A B C Mag.	9h45
		Ettelbruck Monopol	9h50	Ettelbruck Rond Point	9h50
le retour se fait vers	18h00	Ettelbruck Gare	9h55	Ettelbruck Gare	9h55
Rückfahrt gegen	18,00 Uhr	Diekirch Gare	10h00	Diekirch Gare	10h00

die (der) Unterzeichnete / le (la) soussigné(e) _____

wohnhaft (demeurant) _____

nimmt teil / participe ich werde begleitet von _____ Person(en) im Total _____ Personen

je serai accompagné de _____ personne(s) en tout _____ personnes

Hin / Rückfahrt mit dem Bus Aller / Retour en bus

P.S. Aus organisatorischen Gründen bitten wir Dich, uns den Teilnahmechein bis zum 10.06.2002

zurückzuschicken an folgende Adresse : OGB•L Regionalbüro Ettelbruck 6, rue Prince Jean L-9052 Ettelbruck

P.S. Pour des raisons d'organisation nous te prions, de nous retourner le coupon de participation avant le 10.06.2002

à l'adresse suivante: OGB•L bureau régionale Ettelbruck 6, rue Prince Jean L-9052 Ettelbruck

Signature _____





John Castegnaro
Président

Unité symbolique ?

Elle était imposante et solidaire, la deuxième fête interrégionale du travail, ce 1er mai 2002, à Thionville. Près de 10.000 femmes et hommes – dont 2.000 militants de l'OGB♦L – ont manifesté main dans la main pour une Europe sociale et contre l'extrémisme de droite. Dans le respect de la longue tradition de la Fête du Travail, ce 1er mai a été pour les syndicalistes l'occasion de formuler des revendications, mais également des craintes. Dépassant les frontières, la lutte et l'engagement syndicaux sont devenus des valeurs communes. L'Union européenne est une réalité, tout comme malheureusement l'orientation antisociale de sa politique. Dans ce contexte, la solidarité transfrontalière est un atout qui doit permettre aux syndicats de renforcer leur pression. C'est ici que se trouve le sens profond de la manifestation commune, à Thionville, des syndicalistes luxembourgeois, français, allemands et belges. Plus que d'un symbole, il s'agit de la conscience d'une responsabilité: celle de devoir développer et appliquer des stratégies communes pour une politique sociale offensive dans l'UE.

Une Europe sociale et démocratique !

Naturellement, cette participation massive s'explique aussi par le succès électoral de l'extrême-droite en France. En France seulement ? Non, car d'autres pays européens connaissent eux aussi une poussée de la droite, les décisions politiques erronées de l'UE et de ses Etats membres ayant pour effet d'aviver l'angoisse de nombreux citoyens et, partant, les sentiments xénophobes. Or, la raison d'être première de l'Europe, de l'Union est de dissiper et d'effacer ces peurs. Mais cela n'est possible que si l'Europe est sociale, que si le plein-emploi cesse d'être une chimère, que si

la protection sociale est et reste garantie pour tous dans toutes les situations de vie. L'UE évolue cependant dans la direction opposée. Depuis des années, les "modernisateurs" et les néolibéraux de tous bords s'emploient avec zèle à détruire la culture sociale européenne, résultat de décennies d'efforts et de luttes. La dérégulation et la privatisation sont devenus des maîtres-mots qui, traduits en processus concrets, ont été autant d'opportunités pour les extrémistes politiques et, dans le même temps, autant de remises en cause de l'Europe sociale et démocratique.

Les syndicalistes ne s'y trompent pas et perçoivent cette évolution. Ils savent que toute forme d'extrémisme politique remet en question non seulement la démocratie mais aussi la liberté syndicale et, avec elle, tous les acquis socio-politiques. Une Europe sociale et équitable est aussi une Europe démocratique dans laquelle il ne peut y avoir de place pour les extrémistes.

Et au Luxembourg ?

Au nom du gouvernement, le Premier ministre a abordé dans son discours sur l'état de la nation pratiquement tous les problèmes qui préoccupent aujourd'hui le pays et sa population. Il a ainsi reconnu, dans presque tous les domaines, l'impérieuse et urgente nécessité d'agir. L'OGB♦L salue cette prise de conscience et demande que l'on passe désormais enfin aux actes. Nous sommes également satisfaits que de nombreuses questions et revendications posées et avancées par nous aient été prises en compte. L'OGB♦L prend des positions nuancées car l'OGB♦L n'est pas un parti politique d'opposition. Mais nous avons des idées claires sur la plupart des problèmes et voulons contribuer à leur solution au bénéfice des travailleurs et dans l'intérêt du pays. Les débats parlementaires qui ont suivi le

discours du Premier ministre ont été plutôt décevants. Probablement parce que le Premier ministre et son gouvernement ont, en terrain découvert, dédramatisé de nombreux sujets, ou parce que ceux-ci ont été intégrés, de façon controversée, dans le débat sur l'Etat de 700.000 habitants.

Il est désormais plus que temps de traduire les mots dans des actes. Non seulement parce que de nombreuses réformes sont en souffrance depuis longtemps mais aussi parce que certains thèmes risquent d'être récupérés au Luxembourg par des "extrémistes" aux fins d'agitation politique et de xénophobie.

Le Luxembourg d'aujourd'hui est certes une réalité mais, plus encore, la preuve qu'une cohabitation harmonieuse, dans l'intérêt de tous, et par-delà les problèmes existants, est possible. Il s'agit de ne pas remettre cet acquis en question par des débats mal orientés. C'est pourquoi nous devons cerner les intentions réelles et profondes de personnes comme Henri Hosch, afin de les contrer à temps.

L'unité avant tout !

Tous, dans ce pays, nous devons nous unir pour relever et gérer les défis de l'avenir. Ceux qui voudront exclure les autres, leur contester les augmentations de salaires ou de pensions ou ériger une clôture de fil barbelé le long des frontières doivent savoir qu'ils font fausse route.

Réagissons avant qu'il ne soit trop tard, au Luxembourg aussi ! Faisons-le en prenant les décisions politiques qui s'imposent et en engageant un dialogue ouvert et honnête auquel tous les habitants de ce pays pourront participer.

Votre programme de formation 2002

I Sécurité et santé au travail

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
23 – 24.05.2002	Introduction aux principes de prévention des risques professionnels	II	F	
06 – 07.06..2002	Introduction aux principes de prévention des risques professionnels	III	F	
10 – 11.06.2002	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	II	L/A	
20 – 21.06.2002	Introduction aux principes de prévention des risques professionnels	III	F	
25.10.2002	Alkohol am Arbeitsplatz		A / L	
06 – 07.11.2002	Stress am Arbeitsplatz	I	L / A	
14 – 15.11.2002	Stress am Arbeitsplatz	II	L / A	
18 – 19.11.2002	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	I	L / A	
02 – 03.12.2002	Mobbing und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz	II	L/ A	

II Syndicalisme et représentation des travailleurs

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
10 – 11.10.2002	Le syndicalisme Qu'est-ce qu'un syndicat? A quoi peut-il servir?		F	
29.10.2002	Gender Training für Personaldelegierte	II	A	
30.10.2002	Genre - Gender Training pour les délégués du personnel	II	F	
06 – 07.11.2002	La préparation aux élections sociales		F	
28 – 29.11.2002	La préparation aux élections sociales		F	
05 – 06.12.2002	La délégation et ses publications		F	

III Economie

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
27 – 28.06.2002	La mondialisation de l'économie		F	
19 – 20.12.2002	La mondialisation de l'économie		F	

IV Développement de la personnalité

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
16 – 17.05.2002	Techniques de réunion – Motiver son équipe syndicale	II	F	
30 – 31.05.2002	Techniques de négociation	I	F	
06 – 07.06.2002	Moderation – die Kunst Diskussionen zu leiten	I	L / A	
10 – 11.06.2002	Prise de parole, parler en public en s'affirmant	II	F	
17 – 18.06.2002	Moderation – die Kunst Diskussionen zu leiten	II	L / A	
08 – 09.07.2002	Perfectionnement aux techniques de négociation	II	F	
19 – 20.09.2002	Techniques de réunion Développer un projet syndical	III	F	
03 – 04.10.2002	Perfectionnement aux techniques de négociation	III	F	
29 – 30.10.2002	Développement de la personnalité	III	F	
10 – 11.10.2002	Konfliktmoderation – die Kunst mit Konflikten konstruktiv umzugehen	I	L / A	
24 – 25.10.2002	Konfliktmoderation – die Kunst mit Konflikten konstruktiv umzugehen	II	L / A	

V Droit du travail

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
06 – 07.05.2002	La conclusion et la résiliation d'un contrat de travail		F	
09 – 10.12.2002	La conclusion et la résiliation d'un contrat de travail		A / L	

VI Droit social

Date	Intitulé du cours / séminaire	Niveau	Langue	FSE
28 – 29.10.2002	Ce qu'il faut savoir en cas d'incapacité de travail pour cause de maladie et toutes les dispositions avant et après la naissance ou adoption d'un enfant.		A / L	

Les cours se tiennent en langue luxembourgeoise (L), allemande (A) et française (F).



Ces séminaires sont soutenus par le Fonds Social Européen (FSE).

Les détails des cours peuvent être demandés auprès de Madame Peggy Hemmer, secrétaire de l'IFES, qui se fera le plaisir de vous les envoyer dans les meilleurs délais. Madame Renata Santini, responsable de formation, se tiendra à votre disposition pour de plus amples renseignements.

IMPRESSUM

Zeitung des OGB♦L

"Unabhängiger Gewerkschaftsbund Luxemburg"

Verleger: OGB♦L "Onofhängege Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg"

Herausgeber für den OGB♦L:

John Castegnaro

60, bd. J.F. Kennedy ♦ Esch/Alzette

B.P. 149 ♦ L-4002 Esch/Alzette

Editeur responsable pour la Belgique:

Raymond Thirion

Section des Frontaliers belges

10, rue Général Molitor ♦ Boîte 25 ♦ B-6700 Arlon

INTERNET: <http://www.ogb-l.lu> / e-mail: ogb-l@ogb-l.lu

Tel.: 54 05 45-1 ♦ Fax: 54 16 20

Die gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Die Redaktion behält sich Kürzungen der Beiträge vor. Les articles signés ne reflètent pas nécessairement la position de la rédaction. La rédaction se réserve le droit d'abréger les textes.

Chefredakteur: Chantal Boly - chantal.boly@ogb-l.lu

Koordination: Maguy Baasch - maguy.baasch@ogb-l.lu

Layout: James Vallad - james.vallad@ogb-l.lu

Druck ♦ Impression: Techprint, Esch/Lankelz



13-06

13 juin 2002

Migration et systèmes de formation:
ce que la comparaison internationale nous apprend

Conférence par
Prof. Dr. Cristina Allemann-Ghionda
de l'Université de Cologne,
(en langue française)

à la Banque Générale de Luxembourg
à Luxembourg-Ville à 20.00 heures
(Centre rue Notre-Dame)



migrations: les enjeux!
Défis pour l'économie et la cohésion sociale

En partenariat avec de nombreux
organismes socio-professionnels,
la presse luxembourgeoise
et SEW-OGB-L, FAPEL
FEDUSE / Enseignement - CGFP

«Répondre aujourd'hui aux questions de demain!»

ASTI: www.asti.lu

Section d'entreprise Commune Esch/Alzette Dimanche 9 juin 2002

7e Coupe JEAN EIFFES

Terrain "U.S. Esch" à Esch/Lallange

Grand Tournoi de Football

Début: 13h00

A 11h00 Dépôt d'une gerbe au

cimetière d'Esch/Lallange

Grillades - Tombola - Boissons

Département des Immigrés de la Région Nord

Samedi 8 juin 2002

BAL DE L'AMITIE

Centre Culturel de Larochette

Groupe APETIÇÃO

Prix des Billets :

Prévente : 3 - Bal : 5

Département des Immigrés Région Moselle et Sûre

Dimanche, 16 juin 2002

FETE DU PRINTEMPS

au bord de la Moselle

Une fête familiale pour tous

Animation, grillades, dépaysement

Un endroit splendide et très agréable

AM PUDEL près de EHREN

Sektion Petingen

Samstag, den 29. Juni 2002

Ausflug zum Eurospacecenter

Preis für OGB♦L Mitglieder 30.- € ,

für Nichtmitglieder 62.- €

Die Einzahlung auf das Postscheckkonto CCP:

105389-47 von KassiererIn Huguette Berchem

(Tel: 501073) mit dem Vermerk „Ausflug 2002“
gilt als Anmeldung.

Anmeldeschluss ist der 15. Juni 2002

Interessenten wird auf Anfrage das komplette

Programm zugeschickt



A
N
N
Z
O
N
C
E
S

Mallorca Spezial

Ein Produkt der **ULT**
Union Luxembourgeoise de Tourisme



DER IDEALE FAMILIENURLAUB

Preiswertes, neu renoviertes Aparthotel BEN HUR***, in ruhiger Lage, 300 m vom Strand der Playa de Palma gelegen, verfügt über grosszügig konzipierte Apartments mit Wohnraum und 1 resp. 2 separaten Schlafzimmern. Bestens geeignet für Familien mit bis zu 3 Kindern.

Kinderfestpreis
189.- €
pro Woche/ÜF

GÜNSTIGE FAMILIENPREISE:

Elternpreis:	Vorsaison	ab 499.- € / Pers. / ÜF
(pro Woche)	Nachsaison	ab 420.- € / Pers. / ÜF
	Hochsaison	ab 669.- € / Pers. / ÜF

SONDERAKTION

Flug jeden DIENSTAG
vom 16.07. bis 03.09.02:

1. Kind (2-11J.) **GRATIS**
2. oder 3. Kind: **189.- €**

bei 1 Woche Aufenthalt
für 2 Erwachsene mit min. 1 Kind

Voyages ATOL



City Center **VOYAGES FLAMMANG**

1, rue du Commerce • L-3450 Dudelange • Tel.: 52 52 80 • Fax: 52 52 88

e-mail: dudelange@flammang.lu

LE MOT MYSTÉRIEUX

NYPHÉ DE LA MER	▼	PARTIE D'UN MOTEUR	▼	SE CONDUIT-RAIENT	▼	VOILE	▼	NÉGATEUR
ORGE D'HIVER		ARGILE		JEUNE DANSEUSE		ÉPOQUES		
▶	1	▼		▼		▼		▼
ÉLUCIDÉ	▶				4		5	
MÈRE DÉNATURÉE								
▶	6						PLANTE QUI DONNE LE MONOI	
ÉCLOS	▶			VIN ITALIEN	▶			▼
MESURE À PÉKIN				CHANT LITURGIQUE				
▶		VOILE	▶	▼		PERSONNEL	▶	
		ANTILOPES				TAMBOURINAGE		
HAUSSERAI D'UN DEMI-TON	▶	▼				▼	2	
CRÊPE								
▶			LIBERTAIRES	▶				
			BOUTEILLE					
CONCESSION MINIERE	CHARMA	▶	▼	8		MOT DE LIAISON	▶	7
	BOIT					PANTALON		
▶	▼				RAYON	▼	PÉRIODE	
FAUSSÉE	▶					▼		SUIT LE DOCTEUR
BARRE DE PORTE								
▶			3	AFFLUENT DU RHIN	▶		9	▼
ALCALOÏDES	▶		10					

A gagner:

- 1^{er} prix : 1 réveil électrique
- 2^e prix : 1 radio
- 3^e prix : 1 calculatrice

Tous les membres de l'OGB♦L, à l'exception de son personnel, sont admis au jeu.

Notez le mot mystérieux sur une carte postale et adressez-la jusqu'au 17 juin 2002 à :

OGB♦L
Service Information et Presse
B.P. 149
L-4002 Esch/Alzette

ou inscrivez votre réponse sur notre site internet :
<http://www.ogb-l.lu>
 (rubrique jeux).

Si nous recevons plus de réponses correctes que de prix mis en jeu, les gagnants seront départagés par un tirage au sort.

Le mot mystérieux et les noms des trois gagnants seront publiés dans notre prochain numéro.

Les prix peuvent être retirés à la Centrale de l'OGB♦L à Esch/Alzette (bd. Kennedy) auprès de M. Albert Hirtz.

Ecrivez ici, lettre par lettre, le mot mystérieux

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

IV/75 © HACHEL INT

7 ERREURS FEHLER DIFFERENCES DIFERENCIAS

Découvrez les 7 différences qui existent entre les deux dessins

Tell the 7 differences between the two drawings

Encuentre las 7 diferencias que existen entre los dos cuadros

Die zwei Bilder unterscheiden sich in 7 Punkten. Welche ?



R	E	C	U					
T	A	N	G	E	R	I	N	E
P	A	R	T	A	G	E	S	
P	E	P	E	R	I	N	Q	
T	O	N	I	E	B	U		
S	A	L	E	P	P	L	I	
S	I	R	E	N	I	E	N	
E	S	T	R	E	C	U	T	
E	A	U	V	A	E			
G	R	I	N	C	E	R	A	
N	I	E	D	U	C			
G	R	E	E	N	S	B	A	
E	S	S	E	U	L	E	S	

04/2002 - Solution: RELIGIEUSE

Tadjine Fatima, Vichten (L), 1^{er} prix
Weber Anne-Marie, Volmerange-les-Mines (F), 2^{ème} prix
Royer Gérard, Etain (F), 3^{ème} prix

KREUZWORTRÄTSEL

spiel- riech- baun	Haupt- schlag- eder	kleiner Hering- fisch	eng- lischer Artikel	Salz der Ölelans	▽	▽	eng- lischer Gasthof	▽	kleiner Holo- pfeil	▽	ver- schieden- der Meist- geist	plasti- sches Bühnen- werk	Milch- witt
▷	▷	▷	▷				Textikel ▷				▷	▷	▷
Bild- einfa- sung	▷		5				US- Jazz- musiker, † 1964		einged- eckter Frucht- saft				
Welle- risch: drei	▷			Schiffs- relax		Tonge- schlecht	▷			Schrift im Beneh- ren	▷		
West- europ- er	▷		Hand- arbeit	▷				4			zöger- lich		
1					Artik- vogel	▷			Haupt- stadt Jansens		deutsche Vorsilbe	▷	
Fremd- wortell: zwischen	▷		8			Fest- setzung			Wolle Reform- des Tier	▷			Sto- streik (engl.)
Nb-Z- Glas- Klein	▷			Hebrä- isch		Sultanat in Ma- layala	▷		9		altes Maß des Luft- drucks		deut- scher Motor- erfinder
Publi- kation	Hilf- polster unter d. Kleid	religi- öser Dien- grad	▷				7		Rein- stadt bei Teheran		Geo- metrie- gruß	▷	
▷	▷	▷			Aze- ochse			Stadt in Ober- rheln, Türkei				3	
elektr. Einrich- tung	▷	Roman v. Defoe „Robin- son...“	▷		2				iran. Rechts- gelehr- ter	▷		6	
▷											Schul- stadt an der Thema	▷	

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---

Die Buchstaben der Felder 1 bis 9 ergeben das Lösungswort.

Zu gewinnen sind:

- | | |
|----------|-----------------------|
| 1. Preis | 1 elektrischer Wecker |
| 2. Preis | 1 Radio |
| 3. Preis | 1 Rechenmaschine |

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder mit Ausnahme des OGB♦L Personals.

Schreiben Sie das Lösungswort auf eine Postkarte und schicken Sie diese bis zum 17. Juni 2002 an:

OGB♦L-Pressabteilung
Postfach 149
L-4002 Esch/Alzette

oder geben Sie es auf unsere homepage ein:
<http://www.ogb-l.lu> (Rubrik Spiele).

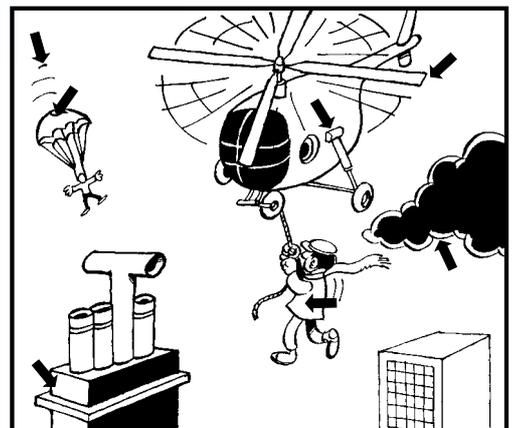
Liegen mehr richtige Einsendungen vor als Preise zu vergeben sind, so entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Auflösung und Namen der drei Gewinner veröffentlichen wir in der nächsten Nummer.

Die Gewinne können in der Escher OGB♦L Zentrale (Boulevard Kennedy) bei Albert Hirtz abgeholt werden.

ERREURS
FEHLER
DIFFERENCES
DIFERENCIAS

SOLUTION
AUFLÖSUNG
ANSWER
SOLUCIÓN



04/2002 Lösung Kreuzworträtsel: VARIATION

Drauden Felix, Rodange
Schiltz Nicolas, Schandel
Schenk Berti, Wiltz

1. Preis
2. Preis
3. Preis

SPRECHSTUNDEN / PERMANENCES

Secrétariats	Responsables	Lundi	Mardi	Mercredi	Jeudi	Vendredi
Esch/Alzette L-4002 60, bd J.F. Kennedy Tél.: 54 05 45-1 Fax: 54 16 20	Antinori A.-M. Molitor Robert Yasmine Lorang	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs		10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Differdange L-4620 4, rue E. Mark Tél.: 58 82 86 Fax: 58 34 56	Müller Gérard		09.00 - 12.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	15.00 - 18.00 hrs	
Dudelange L-3441 31, av. G.D. Charlotte Tél.: 51 50 05-1 Fax: 51 50 05-29	Clees Romain Manderscheid René	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs	10.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.00 hrs
Luxembourg L-1490 19, rue d'Eprenay Tél.: 49 60 05-1 Fax: 48 69 49	Pereira Carlos Dias Eduardo Carrilho Beatriz Medvescek Jeff		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs		09.00 - 12.00 hrs 14.00 - 17.30 hrs	
Ettelbruck L-9052 6, rue Prince Jean Tél.: 81 90 01 Fax: 81 97 13	Arndt Frank	09.00 - 11.45 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.45 hrs 13.00 - 16.00 hrs	13.00 - 17.00 hrs (sur rdv)	08.00 - 11.00 hrs	
Rodange L-4818 72, av. Dr. Gaasch Tél.: 50 73 86 Fax: 50 44 81	Racké Robert Müller Gérard Yvon Moinet		14.00 - 17.00 hrs	09.00 - 12.00 hrs 09.00 - 12.00 hrs		14.00 - 17.00 hrs
Grevenmacher L-6720 4, rue de l'Eglise Tél.: 75 80 35	Clees Romain			15.00 - 18.00 hrs		
Wiltz L-9557 2, rue Michel Rodange Tél.: 95 72 70	Arndt Frank				14.00 - 17.00 hrs	

PERMANENZE IN ITALIANO per pensioni, infortuni, malattia e prestazioni sociali varie

Lunedì	DUDELANGE	Maison Syndicale	Tél.: 51 50 05-22	14.00 - 16.00	
Lunedì	RODANGE	72, av. Dr. Gaasch	Tél.: 50 73 86	17.00 - 18.00	
Martedì	DIFFERDANGE	Maison Syndicale	Tél.: 58 82 86	14.00 - 17.30	
Martedì	WILTZ	2, rue Michel Rodange	Tél.: 95 72 70	14.30 - 18.00	
Mercoledì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	9.00 - 11.30	
Giovedì	LUXEMBOURG	19, rue d'Eprenay	Tél.: 49 60 05-205	9.00 - 11.30	14.00 - 17.30
Giovedì	ETTELBRUCK	6, rue Prince Jean	Tél.: 81 90 01	14.30 - 18.00	
Venerdì	ESCH	60, bld Kennedy	Tél.: 54 05 45-236	14.00 - 17.30	

SBA
Luxembourg
Tél.: 26 49 69-20

SPÉCIAL FRONTALIERS

Frontaliers français: * Centre Socioculturel (M.J.C.) (1^{er} étage)
31, rue Leclerc - B.P. 41 - F-57390 Audun-le-Tiche
Tél.: (0033) 3 82 50 32 50+
Fax: (0033) 3 82 50 32 53
Mardi et vendredi (vend. sur rdv): 14.00 - 18.00 hrs
Jeudi: 16.00 - 18.00 hrs
* 2, rue des Ecoles - F-57330 Volmerange-les-Mines
Tél.: (0033) 3 82 50 61 51
Lundi: 16.00 - 17.00 hrs
Jeudi: 14.30 - 16.00 hrs
* 8, rue du Cygne - F-57100 Thionville
(bureau de l'union locale CGT)
Tél.: (0033) 3 82 54 27 90
Mercredi: 14.00 - 17.00 hrs

Frontaliers belges: * 80, rue des Martyrs - B-6700 Arlon
Tél.: (0032) 63 23 00 50
Fax: (0032) 63 22 64 32
Jeudi: 09.00 - 12.00 hrs / Après-midi sur RDV
* FGTB rue des brasseurs, 8a - B-Bastogne
Tél.: (0032) 61 21 19 87
Samedi: 09.00 - 12.00 hrs

Deutsche Grenzgänger: * Burgweg 10 - D-54646 Bettingen
Wolfgang Schnarrbach
Tél.: (0049) 6527 - 12 79
Fax: (0049) 6527 - 93 38 61
E-Mail: W.Schnarrbach@T-Online.de

CONSULTATIONS EURES TRANSFRONTALIÈRES

Permanences des Euro-conseillers
Sprechstunden der Euro-Berater



- de l'EURES PED:
Robert Racké à Rodange et à Arlon
- de l'EURES Sarre-Lor-Lux Rhénanie-Palatinat /
der EURES Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz
Romain Clees in Dülzlingen und Grevenmacher
à Dudelange et à Grevenmacher

OGB-L - CMB

tous les **mercredis** et **vendredis** de 14.30 à 17.00 hrs
FGTB - 16A, rue des Usines - B-6791 Athus
Tél.: (GSM) 0032 0477 26 88 89

Syndicat Bâtiment / Permanencias "Construção"

OGB-L ETTTELBRUCK 6, rue Prince Jean Tél. 81 90 01
le jeudi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)
Quinta-Feira 14h30 - 18h00

OGB-L WILTZ 2, rue Michel Rodange Tél. 95 72 70
le mardi de 14.30 à 18.00 hrs (ou sur rendez-vous)
Terça-Feira 14h30 - 18h00